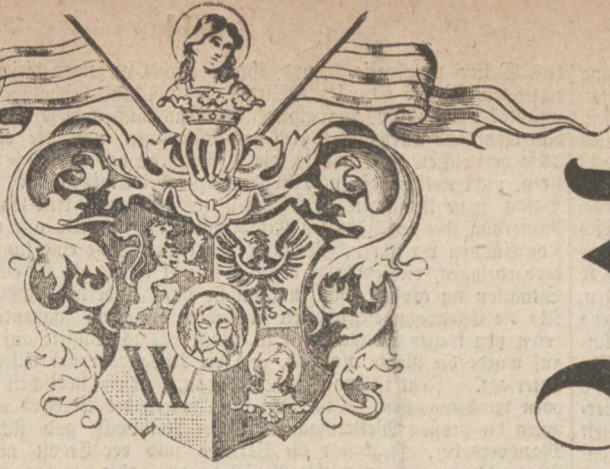


Wochenschriftlicher Abonnementspreis  
in Breslau 2 Thaler, außerhalb incl. Porto  
2 Thaler 11 1/4 Sgr. Infectionsgeld für den  
Raum einer fünfstelligen Zeile in Petitschrift  
1 1/4 Sgr.

Expedition: Pettenstraße Nr. 20.  
Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten  
Bestellungen auf die Zeitung, welche an fünf  
Tagen zweimal, Sonntag und Montag einmal  
erscheint.

# Breslauer



# Zeitung.

Morgenblatt.

Sonnabend den 17. April 1858.

Nr. 177.

**Telegraphische Depeschen der Breslauer Zeitung.**  
**Petersburg, 16. April.** Vom 1. Juli ab zahlen Ex-  
port- und Importwaaren fünf Kopfen vom Steuer-Nebel  
betrags der durch die Eisenbahnen nöthig gewordenen Grenz-  
Bauten.

Berliner Börse vom 16. April, Nachmittags 2 Uhr (Angekommen  
4 Uhr — Min.) Staatsanleihe 84. Prämien-Anleihe 113 1/2. Schles.  
Bant-Verein 82. Kommandit-Antheile 102 1/2. Köln-Minden 143 1/2. Alte  
Freiburger 96 1/2. Neue Freiburger 93 1/2. Oberschlesische Litt. A. 139 1/2.  
Oberschlesische Litt. B. 128 1/2. Wilhelmsbahn 54. Rheinische Aktien 94 1/2.  
Darmstädter 99. Dessauer Bant-Aktien 50 1/2. Dester. Kredit-Aktien 119.  
Dester. National-Anleihe 81 1/2. Wien 2 Monate 95 1/2. Ludwigsbafen-Ber-  
bach 143. Darmstädter Zettelbant 89 1/2. Friedr.-Wilhelms-Nordbahn 58.  
Desterreichische Staats-Eisenbahn-Aktien 187. Oppeln-Larnowitzer 62. —  
Im Ganzen lebhafter.

Berlin, 16. April. Roggen niedriger. April-Mai 35, Mai-Juni 35 1/2,  
Juni-Juli 35 1/2. — Spiritus flau. April-Mai 17 1/2, Mai-Juni 17 1/2,  
Juni-Juli 18 1/2, Juli-August 19 1/2. — Rüböl billiger. April-Mai 12 1/2,  
September-Oktober 13 1/2.

## Telegraphische Nachrichten.

Genua, 13. April. „Italia del popolo“ wurde wegen Abdruck eines  
Briefes Mazzinis an Kaiser Napoleon sequestriert. Fünfzehn der wegen des At-  
tentates vom 29. Juni Verurtheilten wurden aus der Festung Alessandria nach  
Turin gebracht.

Athen, 10. April. In Syra wurde eine Fabrik falscher Raimes entdeckt.  
Baron Sina hat behufs der Ausbildung zweier junger Leute in der Astronomie  
36,000 Francs gewidmet.

Breslau, 16. April. [Zur Situation.] In der gestrigen  
Sitzung des Abgeordnetenhauses erfolgte die Genehmigung des nunmehr  
festgestellten Staatshaushalts-Gesetzes ohne Diskussion. Der Etat  
schließt ab mit einer Einnahme und Ausgabe von 126,409,778 Tha-  
lern incl. 6,208,803 Thlr. einmaliger und außerordentlicher Ausgabe.  
Hierauf wurde die Debatte über die Erhöhung der Rübenzuckersteuer  
fortgesetzt, ohne auch diesmal zu Ende geführt zu werden.

In Betreff der holstein-lauenburgischen Angelegenheit soll zwi-  
schen Desterreich und Preußen über die in Folge der neuesten dänischen Pro-  
position vorzunehmenden Schritte eine Differenz der Ansichten darüber ob-  
walten, ob auf Grund derselben zu unterhandeln sei oder nicht. In  
einer heutigen Mittheilung der „N. Pr. Z.“ aus Kopenhagen begründet,  
so bewiese sie nur allzu deutlich, daß man alle Ursache hat, Däne-  
mark mehr und ernsthafter zu bedrängen, als bisher geschehen, wenn  
man zum Ziele gelangen will. Es wird nämlich dem genannten  
Blatte gemeldet, daß Minister Andrae im Kabinet sich gegen jedes  
Projekt einer Auslieferung der Herzogthümer aus dem Gesamtstaate  
erklärt und dabei geltend gemacht habe, daß man so viel gar nicht  
zu concediren brauche.

Zunächst sei es besser, einmal, wenn auch nur scheinungsweise, bei dem  
Gesamtstaate zu verharren. Es gäbe ein wohlfeiles Mittel,  
Deutschland zu bekämpfen. Die Bundesversammlung lege ja se-  
hr großen Werth darauf, daß die §§ 1—6 der holsteinischen Verfassung  
und die Gesamtverfassung ohne Mitwirkung der Stände in den Her-  
zogthümern zu Stande gekommen seien. Darauf könne man vier  
Stufen der Gegenwehr gründen. Man concedire zunächst die  
nachträgliche Vorlage der §§ 1—6 der holsteinischen Verfassung, sonst  
aber nichts Neues. Wenn der Bund sich damit nicht zufrieden  
erkläre und stark dränge, so sage man zu, daß auch die Gesamt-  
verfassung den holsteinischen Ständen zum bloßen Gut-  
achten nachträglich vorgelegt werden solle. Sei der Bund  
auch damit noch nicht zufrieden und drohe, so räume man ein, daß  
auch den lauenburgischen Ständen die Gesamtverfassung zum  
bloßen Beirath nachträglich mitgetheilt werde. Und wenn selbst das  
nicht helfen wolle, und der Bund Miene mache, zum Aeußersten zu  
schreiten, so komme man endlich mit dem Aussonderungsprojekte her-  
vor — zu dem sei es dann noch immer Zeit. Eine solche Abstufung  
von Konzeptionen gewinne Zeit, und zeige Dänemark den europäischen  
Mächten gegenüber im Lichte des Concilianten und Nachgiebigen.  
Deutschland hat also Aussicht, noch durch drei weitere Abstufungen ge-  
foppt zu werden, wenn es überhaupt auf den Fuppungsplan eingeht.  
In London haben jetzt die Prozeßverhandlungen gegen Bernard  
begonnen, und man setzt voraus, daß sie mehrere Tage in Anspruch  
nehmen werden, ohne daß über den Ausgang, auf welchen man in  
Frankreich vielleicht noch mehr als in England gespannt ist, sich eine  
Vermuthung aufstellen läßt.

Die Differenzen zwischen Sardinien und Neapel betheiligen sich  
auf beiden Seiten durch demonstrative Maßregeln, welche indeß schwer-  
lich etwas zu bedeuten haben, so lange England und Frankreich ein-  
verstanden sind, einem Bruch des Friedens vorzubeugen.

Das Verhalten beider Staaten gegen ihren Krim-Bundesgenossen  
ist übrigens durchaus nicht aufmunternd; Frankreich scheint indeß erst  
das Ergebnis der Preßdebatte in Turin abwarten zu wollen, ehe es  
sich erklärt.

## Preußen.

± Berlin, 15. April. Bei den Berathungen über die Er-  
höhung der Staats-Einnahmen aus einer Tabaksverbrauchs-  
steuer in der betreffenden Kommission des Abgeordnetenhauses erklärte  
die Regierung durch ihren Kommissarius, daß der Tabak als ein be-  
liebiges und doch entbehrliches Genußmittel sich zu einer höheren Be-  
steuerung vorzugsweise eigne. Eine hohe Einnahme vom Tabaksver-  
brauch könne aber nur erlangt werden, wenn man den inländischen  
Tabak erheblich höher besteuere, und dies sei nur statthaft, wenn im  
kommenden Steuer erhoben werde. Denn wolle Preußen die inländische  
Tabakssteuer einseitig erhöhen, so müsse zum Schutze derselben, sowie  
des inländischen Tabakbaues auch die Uebergangssteuer von dem zur  
Zeit ganz unbesteuerten Tabak der süddeutschen Staaten gleichmäßig

erhöht werden. Sei aber schon jetzt die vom Str. Tabak 20 Sgr.  
betragende Uebergangs-Abgabe kaum zu schätzen, so würde deren erheb-  
liche Erhöhung eine Besetzung der Grenzen gegen die süddeutschen  
Staaten erforderlich machen, was wohl Niemand ernstlich bevorzugen  
könne. Inzwischen hätten sich die süddeutschen Staaten geneigt erklärt,  
ihren inländischen Tabak zu besteuern, und bereits im Jahre 1853  
seien, namentlich von der kurfürstlich bairischen und königl. württembergischen  
Regierung, ausführliche Vorschläge behufs Erzielung einer hohen Ein-  
nahme aus dem Tabaksverbrauche, sei es im Wege des Monopols  
oder im Wege einer Fabrikationssteuer abgegeben, welche auf den spä-  
teren Konferenzen der Zollvereins-Regierungen weiter erörtert worden seien.  
In Folge dieser habe die Preussische Regierung es übernommen, nach  
Beendigung der von den übrigen Regierungen zugesagten statistischen  
Ermittelungen über den Umfang des inländischen Tabaksbaues, auf  
der nächsten General-Zollkonferenz bestimmte Vorschläge zur Beschluß-  
nahme zu unterbreiten. Das Ergebnis jener statistischen Ermittelungen  
sei vollständig eingegangen, und es habe sich hierauf die Staatsregie-  
rung mit der vorliegenden Frage eifrig beschäftigt und dieselbe der  
eingehendsten Untersuchung, selbst durch eine besonders niedergesetzte  
Ministerial-Kommission unterworfen. Es erhele hieraus, daß die Re-  
gierung durch den vorliegenden Antrag auf eine höhere Besteuerung  
des Tabaks nicht erst habe hingewiesen werden können, und daß die-  
selbe auch ohne einen auf jenen Zweck gerichteten Beschluß des Abge-  
ordnetenhauses die Tabakssteuerfrage weiterhin sorgfältig fördern werde.  
Die Regierung, von dem Wunsche befeuert, aus dem Tabak eine höhere  
Einnahme zu erzielen, habe den verbündeten Zollvereins-Regierungen  
Vorschläge gemacht, welche sie nach der eingehendsten Erwägung als  
vorläufig allein zulässig erachtet. Nachdem diese Vorschläge, und zwar  
von einzelnen Regierungen ganz entschieden abgelehnt worden seien,  
würde man auch fernereit das erwünschte Ziel verfolgen, indeß  
kürze zur Zeit keine Hoffnung auf ein baldiges Gelingen gehegt werden.  
Mit Rücksicht auf diese Erklärung, welche beugt, daß die Regierung  
die Tabakssteuerfrage im Auge habe, und in Erwägung, daß eine  
Tabaksverbrauchssteuer nur Haupt-Einnahme-Quelle in Ländern wer-  
den könne, wo die sie bedingenden Verwaltungs-Organen sich im Wesent-  
lichen bereits vorfinden und wo das System der Beschränkungen und  
der Fiskalität im Einklange mit dem vergeblichen Finanz- und Volks-  
wirtschaftssystem wie mit der öffentlichen Meinung steht, wurde der  
Antrag auf Erhöhung der Staatseinnahmen durch eine Tabaksver-  
brauchssteuer von der betreffenden Kommission mit großer Stimmen-  
mehrheit verworfen.

[Tages-Chronik.] Der königl. Gesandte am Hofe zu St. Pe-  
tersburg, Freiherr v. Werther, der sich bekanntlich seit einiger Zeit in  
Familien-Angelegenheiten mit Urlaub hier aufhielt, begibt sich am  
nächsten Sonnabend auf seinen Posten zurück. Ein Gleiches geschieht  
in den nächsten Tagen seitens des königl. Gesandten in Rom, Herrn  
v. Thile.

Wie wir hören, hat Se. Majestät der König von Griechenland  
dem Kapitän J. S. Sundewall, welcher zur Zeit Kommandant der  
Fregatte „Thetis“ ist, das Kommandeurkreuz des Erlöser-Ordens ver-  
liehen. Hierauf knüpfen wir die Mittheilung, daß die „Thetis“ zum  
1. Mai im Tajo erwartet wird, woselbst sie bei Gelegenheit der Ver-  
mählungsfeier in üblicher Weise Preußen durch seine Flagge zu ver-  
treten berufen ist.

## Deutschland.

München, 13. April. Durch die neueste Nummer der darm-  
städter „Militärzeitung“ ist, vorläufig in engern Kreisen, hier eine That-  
sache bekannt geworden, welche weiter verbreitet, nicht verfehlen kann,  
zunächst in bairischen Landen, dann aber auch, „so weit die deutsche  
Zunge klingt“, die lebhaftesten Sympathien zu erregen, da sie einen  
glänzenden Beitrag zur Charakteristik eines deutschen Fürsten bildet.  
Wie nämlich König Max II. bei jeder Gelegenheit die Ehre seines ihm  
treu ergebenen Volks auf das entschiedenste zu wahren versteht, vergaß  
der Monarch während seines letzten Aufenthalts zu Paris insbeson-  
dere auch nicht die Ehre der bairischen Waffen zu vertreten. Thiers,  
der in seinem neuesten vielbändigen Werke sich arge Fiktionen über das  
bairische Heer und dessen ruhmgekrönter Führer Brede erlaubt hat,  
erbat sich von Sr. Majestät dem König die Ehre einer Audienz.  
König Max aber, dem ihm angeborenen Zug echter Ritterlichkeit fol-  
gend, verweigerte ihm dieselbe, und gab so die einzig würdige Antwort  
eines in seinem Heer verletzten Fürsten.

## Oesterreich.

p. p. Wien, 15. April. Ueber die Leopoldinisch Caroli-  
nische Akademie ist zu melden, daß Leopold Thun jetzt nicht  
mehr geneigt ist, den Zuschuß zu bewilligen, um die Ver-  
legung hierher zu bewirken. Die Wahl des Präsidenten dürfte  
daher schwerlich auf einen Oesterreicher fallen.

p. p. Wien, 14. April. Das gestern erschienene Reichsgesetzblatt  
enthält zwei bedeutsame Ministerialverordnungen, eine kirchliche und eine  
finanzielle. Die erstere regelt den Unterricht der Theologie in  
Oesterreich nach den Satzungen des Konkordats und den von den  
Bischöfen bei ihrer 1856 abgehaltenen Versammlung gefaßten Beschlüssen.  
Die letzteren bilden auch die Grundlage des neuen theologischen Stu-  
dienplans. Derselbe schreibt vier Jahrgänge vor, in welchen alle  
Vorträge in lateinischer Sprache gehalten werden; die Zöglinge müssen  
das Unter- und Ober-Gymnasium absolviert haben. Der Bischof leitet  
die Prüfungen der Lehrer der Theologie, der Bischof wählt unter den  
Bewerbern, der Bischof verleiht die Professuren, nachdem „er sich mit-  
telt einer an den Statthalter gerichteten Anfrage versichert hat,“ daß  
dem Bewerber „kein politisches Bedenken“ im Wege steht.

Aus Ungarn liegt ein neuer Beweis magyarischer Dy-  
position vor, der recht charakteristisch ist. Einer Anzahl ungarischer  
Magnaten und Großhändler hat nach langen Weiltäuflichkeiten das Fi-  
nanzministerium die Konzession zur Gründung der „ersten ungarischen

Versicherungs-Gesellschaft“ ertheilt, nachdem sich gezeigt hatte, daß im  
Ganzen und Großen kein Ungar sein Fahrniß gegen Feuergefähr bei  
einer deutschen Affekuranz-Kompagnie versichern lassen wollte. Die neue  
Gesellschaft konstituirte sich und wählte einen Vorstand, welchem die  
Regierung die Bestätigung versagte. Die Neuwahlen ergaben ein be-  
sere Resultat, und die Gewählten wurden bestätigt. Dieses bestätigte  
Präsidium nun beschließt, die Portraits jener ersigewählten Präsidenten,  
welche die Regierung nicht annehmbar befunden hatte, im Sitzungssaale  
aufzuhängen, und es bedurfte einer ersten Intervention, um die Aus-  
führung des Beschlusses zu hindern. Ferner hat das neue Präsidium  
in die Siegel der Gesellschaft nicht, wie dies bei „f. l. privilegierten“  
Unternehmungen in Oesterreich Gebrauch ist, den kaiserlichen Doppel-  
adler, sondern das Magyarenwappen setzen lassen. In solch kleinen  
Zügen verräth sich der noch immer rege Haß der Ungarn gegen die  
deutsche centralisirende Regierung.

## Großbritannien.

London, 12. April. [Der Prozeß Bernard.] Die Prozedur gegen  
Dr. Simon Bernard, welcher der Mithild an dem Attentat vom 14. Jan.  
gegen den Kaiser der Franzosen und an der Ermordung des Nicola Batti,  
Eugene Riquier und anderer bei jenem Attentat umgekommenen Personen an-  
geklagt ist, begann heute früh im Central-Kriminal-Gerichtshofe. Die Richter  
sind die in Gemäßheit einer Parlaments-Akte, durch welche das angeklagt von  
Bernard beangene Vergehen definiert wird, von dem Lord-Kanzler ernannten  
außerordentlichen Kommissare. Die betreffende Parlaments-Akte ist die Akte 9,  
Georg IV., Kapitel 31, in welcher verfügt ist, „daß, wenn einer von Ihrer  
Majestät Unterthanen eines Mordes oder Todtschlages beschuldigt ist, oder der  
Theilnahme an Verbrechen oder Verübung des Mordes, oder der Theilnahme an  
Verbrechen eines Mordes oder einer Tödtung, welches Verbrechen zu Lande  
außerhalb des Verein. Königreichs begangen ist, gleichviel, ob innerhalb des Gebietes  
des Königreichs oder außerhalb desselben, ein Friedensrichter der Grafschaft oder des  
Ortes, wo die in solcher Weise beschuldigte Person sich befindet, besugt sein  
wird, von dem befragten Vergehen Kenntnis zu nehmen und so zu verfahren,  
als ob dasselbe innerhalb seiner gerichtlichen Gerichtsbarkeit begangen worden  
wäre; und daß, wenn eine solche Person dem Gerichte überwiegen oder gegen  
Bürgschaft freigelassen ist, um einer derartigen Anklage Rede zu stehen, eine  
„commission of oyer and terminer“ unter dem großen Siegel für die betref-  
fende Person, den betreffenden Bezirk oder den betreffenden Ort von dem Lord-  
Kanzler, oder dem Oyer- und Siegelbewahrer, oder den Kommissarien des großen  
Siegels zum Zwecke der raschen Aburtheilung eines solchen Verbrechens ernannt  
werden soll; und daß besagte Personen Vollmacht haben sollen, alle solche Ver-  
gehen innerhalb des in ihrem Bezirke liegenden Gebietes oder Ortes, wie sie  
selbst gute und geklämte Männer des besagten Gebietes oder Ortes, die sie  
von ihnen zu dem Zwecke erwählt worden sind, in derselben Weise zu prüfen,  
zu hören und zu entscheiden, als ob das Verbrechen wirklich in dem besagten  
Bezirk oder Orte begangen worden wäre.“

Bernard ist etwas über 40 Jahre alt. Er ist in Carcassonne im Jahre  
1817 geboren und hat Medizin studirt. Er war eine Zeit lang Militär-Arzt  
auf einem französischen Kriegsschiffe, wohnte als solcher dem Angriffe auf das  
Fort von San Juan d'Ulloa bei und nahm an der Expedition nach dem La-  
Plata-Strome Theil. Die dort von ihm geleisteten Dienste verschafften ihm die  
Stelle als erster Arzt in der Flotte von Uruguay. Er blieb am La Plata bis  
zum Abschlusse des Friedens mit Argentinien. Nach seiner Rückkehr nach Frankreich  
hat er sich als eifriger Jurist und Clubist hervor. Ueber seine spätere Lauf-  
bahn haben wir bereits berichtet. Im Mai 1849 sah er sich genöthigt, aus  
Frankreich zu flüchten. In England, wo er sich jetzt ungefähr sechs Jahren  
aufhält, hat er sich seinen Lebensunterhalt durch Sprachunterricht erworben.

Der Zudrang des Publikums, namentlich des ausländischen, zu dem Ge-  
richts-Saale war, wie sich erwarten ließ, sehr stark. Die Unter-Sheriffs hatten  
in befriedigender Weise dafür Sorge getragen, daß die Vertreter der Presse ihre  
Berufspflichten erfüllen konnten. Die Kommissare — resp. Richter — nahmen  
ihre Plätze um 10 Uhr Morgens ein. Wir wollen nicht sämtliche Namen  
anführen, sondern beschränken uns darauf, den Lord-Berichter Campbell, den  
Lord Chief Baron Pollock, den Richter Erie von der Queen's Bench, den Rich-  
ter Crowder vom Gerichtshof der Common Pleas, den Lord-Magor und Hrn.  
Russell Gurney, Archivar (Recorder) der City von London, zu erwähnen.  
Außerdem waren noch 16 Kommissare anwesend. Die Anklage war durch den  
Attorney General Sir Henry Kelly und die Herren Macaulay, Bodin, Melby  
und Clerk, die Verteidigung durch Edwin James, Hawkins, J. Simon, Clegh,  
Brewer und Scobell vertreten. Auf die ihm nach Verlesung der Anklage-Akte  
gestellte Frage, ob er schuldig oder nicht schuldig sei, entgegnete Bernard: „Der  
Hof hat keine Gerichtsbarkeit, mir auf diese Anklage hin den Prozeß zu machen,  
und aus diesem Grunde lehne ich es ab, zu plaidiren.“ Lord Campbell: „So  
sagt ihm, daß nach englischem Gesetze, wenn er es ablehnt, zu plaidiren, die Er-  
klärung „Nichtschuldig“ zu Protokoll genommen werden muß (must be recor-  
ded).“ Demgemäß ward denn auch verfahren. Herr James bemerkt, der An-  
geklagte habe dieses Verfahren auf den Rath seines Rechtsbeistandes eingeschla-  
gen. Lord Campbell fragt den Angeklagten, ob er von dem Rechte, von einer  
zur Hälfte aus Ausländern, zur Hälfte aus Engländern bestehenden Jury ab-  
gewehrt zu werden, Gebrauch machen wolle, oder ob er es vorziehe, vor ein  
ganz aus Engländern bestehendes Geschworenen-Gericht gestellt zu werden.  
Bernard: „Ich überlasse mich mit Vertrauen einer aus Engländern bestehenden  
Jury.“ Die Geschworenen leisten hierauf den Eid. Obmann ist ein Schneider,  
Namens Hemming.

Der Attorney General eröffnet hierauf die Verhandlungen durch eine Rede,  
in welcher er die gegen den Angeklagten vorliegenden Thatfachen auseinandersetzt.  
Wollten wir dieselben im Einzelnen wiedergeben, so würden wir eben die  
im Prozeß Osini und in der Voruntersuchung gegen Bernard verhandelten  
Details nochmals bringen müssen. Dieser Wiederholung enthalten wir uns  
deshalb. Nachdem der Attorney General ausgesprochen, bemerkte der Lord-  
Berichter Campbell: „Jede ernste und wichtige juristische Frage, die etwa im  
Laufe des Prozesses angeregt werden mag, kann den 15. Richter zur Entschei-  
dung vorbehalten werden.“ Der Attorney General: „Nach dieser Bemerkung  
will ich nichts weiter sagen, sondern das Verfahren abwarten, welches  
die Verteidigung einschlägt.“ Es beginnt hierauf das Zeugenverhör. Es han-  
delt sich dabei hauptsächlich um die bekannten Vorgänge in der Rue Lepelletier.  
Um 1/5 Uhr schloß die Sitzung. Die nächste wird morgen um 10 Uhr statt-  
finden. Die Geschworenen wurden, wie gewöhnlich in dergleichen Fällen, unter  
gezügelter Bedeckung nach dem London Coffee House gebracht und daleibt ein-  
geperrt, jedoch nicht bei Wasser und Brod, da die Sheriffs menschenfreundliche  
Leute sind.

[Parlaments-Verhandlungen vom 12. April.] Oberhaus-  
Sitzung. Die Peers kommen nach den Osterferien zum erstenmal wieder zu-  
sammen. Als Antwort auf eine Frage Lord Campbell's erklärt der Earl von  
Derby, der Lord Advocate sei damit beschäftigt, eine auf die Reform der schot-  
tischen Universitäten abzielende Bill anzubereiten.

Unterhaus-Sitzung. In Erwiderung auf eine Interpellation Headlam's  
bemerkte der Schatzkanzler, es seien am Sonntag Morgens sehr wichtige, die  
Cagliari-Angelegenheit betreffende Dokumente angekommen und den  
Kronjuristen vorgelegt worden. Das Gutachten derselben könne er dem Hause  
gegenwärtig noch nicht vorlegen. Der Schatzkanzler zeigt ferner an, daß er  
eine Finanzvorlage am nächsten Montag machen werde. Lord J. Russell  
lenkt die Aufmerksamkeit des Hauses auf die indische Bill und auf die gegen



dieselbe erhobenen Einwände. Wenn man die Sache bis zur zweiten Lesung trieb, so würde seines Bedenkens in Anbetracht der allgemeinen Mißbilligung, welche der Gesetzgebung erfahren, eine Diskussion nachtheilige Wirkungen haben. Es würde das Beste sein, wenn das Haus auf irgend eine Weise zu einem Entschiede gelangte, ohne daß der Gegenstand in Form einer Bill vorgebracht werde, die allgemein einen so ungünstigen Eindruck gemacht habe. Im Jahre 1813 seien präliminäre Resolutionen von der Regierung vorgelegt worden und in einem Komitee des ganzen Hauses angenommen worden. Dieses Verfahren scheint ihm für den vorliegenden Fall das angemessenste. So ohne Weiteres eine die Verwaltung Indiens betreffende Bill zu diskutieren, habe so große Uebelstände, daß er nichtigensfalls bereit sei, Resolutionen zu beantragen, in welchen die Grundsätze eines Gesetzentwurfs für die Verwaltung Indiens verdrängt sein würden. Der Schatzkanzler hält den Antrag Lord J. Russell für sehr zweckmäßig und räumt ein, daß derselbe im Interesse des Gemeinwels sei. Da aber die vorige Regierung eine Bill eingebracht habe, und im Hause die Ansicht vorherrschend sei, daß es wünschenswerth sei, unverzüglich ans Werk zu gehen, so habe die gegenwärtige Regierung ihr Projekt eben auch in Form einer Bill eingebracht. Uebrigens habe er gar nichts dagegen, im Namen der Regierung Resolutionen einzubringen, wofür nichts da sei, was ihm allerdings lieber sein würde, Lord J. Russell dies übernehme. Die Sache solle sobald wie möglich zur Diskussion kommen, und er schlage zu diesem Zweck den Montag über 14 Tage oder den darauf folgenden Freitag vor. Lord J. Russell entgegnete, er habe sich allerdings dazu erboten, Resolutionen vorzuschlagen; doch sei dies eigentlich die Sache der Regierung. Letzteres behauptet auch Sir C. Wood, der seine Verwunderung darüber ausdrückt, daß die Regierung die Möglichkeit eingeräumt habe, ihre Funktionen in dieser Angelegenheit einem einzelnen Parlaments-Mitgliede zu übertragen. Walpole bemerkt, es falle der Regierung durchaus nicht ein, den ihr zukommenden Funktionen zu entgehen oder die von Rechts wegen auf ihr lastende Verantwortlichkeit von sich abzuwälzen. Doch gestatte es der Regierung nicht, da dem Hause zwei Bills vorlägen, ihre Bill aufzugeben, es müßte denn das Haus der Ansicht sein, daß es das zweckmäßigere Verfahren sei, statt einer Bill Resolutionen zu beantragen. Lord Palmerston äußert, er halte die Frage von der zukünftigen Regierung Indiens für so wichtig, daß er lieber Alles beim Alten lassen würde, als einer Bill, welche eine schlechte Organisation enthalte, seine Zustimmung zu geben. Was die dem Hause zur sofortigen Entscheidung vorliegende Frage angeht, so sei die von Lord J. Russell vorgeschlagene Methode, die Sache auf dem Wege von Resolutionen in die Hand zu nehmen, dem im Hause herrschenden Brauche zuwider, und würde einen gefährlichen Präcedensfall liefern. Sir W. Hall fragt Distrell, ob er seine Bill aufgeben gedente. Der Schatzkanzler erwidert, für's Erste habe er die Absicht, seine Resolutionen am Montag über 14 Tage einzubringen. Doch wolle er seine Bill nicht aufgeben, da er glaube, daß das Haus dieselbe nach Diskussion der Resolutionen, wenigstens in modifizirter Form, annehmen werde. Im Subditen-Komitee kommt sodann das Flotten-Budget zur Sprache. Der erste Lord der Admiralität, Sir J. Balfour, beantragt zuvörderst ein Votum für 59,380 Mann mit Einschluß von 7380 Küstenwächtern und 15,000 Marinesoldaten. Die betreffende Position wird bewilligt. Die Gid-Bill wird zum drittenmal verlesen und geht durch.

### Frankreich.

Paris, 12. April. [Die Pressefreiheit in Finanzsachen.] Wir sind schon gewohnt, ab und zu vom Sonntags-Moniteur mit originellen Besprechungen überrascht zu werden; aber wir müssen zugeben, wenn wir die geistige Erklärung über die Pressefreiheit in Finanzsachen zu den angenehmen Ueberraschungen zählen sollten. Indessen ist sie nach zwei Seiten hin interessant, sie bezeichnet den Grundriss der Regierung von der Allmacht der Bureaucratie, und sie charakterisirt nicht minder ihre Ansicht von der Zulässigkeit der freien Diskussion, selbst für praktische Fragen. Man erinnere sich, daß seit dem sogenannten „Aufschwung der materiellen Interessen im Jahre 1852“, welchen gewisse schwarzgallige Publizisten als unverantwortlichen Attentatschwindel zu bezeichnen pflegten, eine Menge finanzieller Journale aufgeschossen sind, so daß sich eine ganze Menschenklasse von agiotrenden Journalisten und schriftstellernden Agioten gebildet hat. Die höhere Vermittelung des Zeitungs- und Börsen-Handels wird von den Märs und Milhaud vertreten, an welche die Gésena, Solat, Jourdan, Breux und so viele Andere sich anschließen. Die „praktisch“ genoderten St. Simonisten, welche sich im Credit mobilier und selbst im Credit foncier angesiedelt haben, betrachten die Vereire, Esparbain, Rodrigues und Andere als ihre Häupter. Alle diese Finanzgrößen haben ihre eigenen Journale und viele Andere gießen Journale groß, um dadurch Finanzarbeiten zu werden, wie Profit, der ein so klägliches Ende nahm. Diese Journale bekriegen einander, weil jeder natürlich seine Compagnie besonders empfiehlt und folglich die fremden herabzusetzen geneigt ist. Wenn auch die Wahrheit nicht immer aus der Diskussion hervorgeht, so ist doch die Erkenntniß der Wahrheit und die Probe auf die Erkenntniß nicht ohne Diskussion möglich. Aber die Regierung sieht nur die Baiffe und die Journale, folglich sind die Journale Schuld an der Baiffe, „und um die unselige Baiffe zu bekämpfen, verfolgt sie die unglücklichen Schatzungen der Journale.“ Wenn sie wegen einer schlechten Ernte die Kalendermacher und Wetterpropheten vor Gericht stellte, würde sie nicht unvernünftiger handeln. Aber sie geht noch weiter! Sie erlaubt und wünscht, daß man gu-

tes Wetter prophezeie, „und ihre Gerichte verfolgen diejenigen, welche von schlechtem Wetter reden!“ Wird das Publikum deshalb an fortwährend und unaufhörlich gutes Wetter glauben? Und müssen diese verzerrten Verurtheile, das öffentliche Vertrauen durch das Mißtrauen und die Kontrolle zu heben, diese verzerrten Experimente, die Phänomene des öffentlichen Verkehrs zu meistern, nicht notwendig in sich in ihr Gegenheil umschlagen? Wozu hat Dr. d'Arbigny seine laßigen „Sophismen“ geschrieben? Und warum verwerthet die Regierung ihre sechsjährigen Erfahrungen nicht? Sie kann wohl Einzelne durch Konfessionen bereichern, sie kann für einige Tage eine künstliche Börsenhäufte hervorbringen, die jedesmal dreimal so viel kostet, als sie einbringt — aber die Situation im großen Ganzen kann sie nicht ändern, höchstens verschlimmern! Als die Eisenbahngesellschaften zu leiden angingen, garantierte die Regierung deren neu freite Obligationen in Masse. Das reagirte auf die Rente. Darauf wurde die Rente protegirt, und die Ausgabe neuer Eisenbahn-Obligationen unterlag. Jetzt ist man gerade daran, diesen lieblichen Cyklus wieder von vorn durchzumachen. Eine Zeit lang waren die Vereires und die Foulds mit ihnen die großen Wettermacher. Denn Rothschild gab sich selten zu solchen Mäandern her. Jetzt sind die Vereires und der Credit mobilier verbraucht. In den letzten Tagen mußte Rothschild daran, aber gerade in der letzten Woche ward seine „Eisenbahn-Rasse“ (deren Aktionäre ihm im vorigen Jahre die fortgesetzte Direktion auftrugen, als er selbst von den Regierungs-Maßregeln Schlimmes voraussagte!) durch eine Differenz mit der Bank in Verlegenheit gesetzt, wie er schließlich selbst in seinem Wochen-Journal berichtet — was zu Flug und Frommen auswärtiger Speculanten daselbst nachzulesen ist. (N. 3.)

### Rußland.

Petersburg, 5. April. Im vorigen Jahre habe ich mehrmals die ferner bevorstehenden Personal-Veränderungen im Ministerium angedeutet. Durch den beschlossenen Rücktritt der Minister des öffentlichen Unterrichts und der Finanzen sind meine damaligen Angaben vollkommen bestätigt. Der Minister der Finanzen hatte damals schon in Folge mancherlei gegen dessen Finanz-Verwaltung erhobener Beschwerden den Entschluß fund gegeben, mit dem Ende des Finanzjahres, d. h. beim nächsten fälligen Rechenschaftsberichte, seinen Posten aufzugeben. Somit bleiben von den Ministern des vorigen Regimes nur noch zwei übrig: Graf Panin und Graf Adlerberg. Seit dem Jahre 1856 sind demnach ersetzt worden: 1) der Minister des Auswärtigen Graf Nesselrode durch den Fürsten Alexander Gortschakoff; 2) der Minister der kaiserlichen Domänen Graf Kisseleff (jetzt Gesandter in Paris) durch den General der Infanterie Murawiew; 3) der Minister des kaiserlichen Hauses (Graf Adlerberg) ist geblieben und ersetzt gleichzeitig im Appanagen-Ministerium, welches mit dem kaiserlichen Hause vereinigt wurde, den Grafen Perowski; 4) der Minister des Innern Kanstoi trat schon 1855 an Stelle Bibikow's; 5) der Minister der öffentlichen Bauten Tschernyschewski ist gleich nach der Thronbesteigung Kaiser Alexander II. den Grafen Kleinmichel; 6) der Kriegsminister Dolgorukow wurde durch den General Suchozanet; 7) der See-Minister Brangel durch den Vice Admiral Metlin ersetzt; 8) der Unterrichts-Minister Awram Norow wird demnächst eben so wie 9) der Finanzminister v. Brock zurücktreten. Zu bemerken ist nachträglich hierbei noch, daß im Postwesen an Stelle des Grafen Adlerberg ein neuer Chef in der Person des früheren Gehilfen des Grafen, Geh. Rath's Theodor Priantichnikow, ernannt wurde. — In den alt-russischen Provinzen ist eine Verzögerung hinsichtlich der Erklärungen des Zusammentritts beratender Komite's eingetreten, weil in vielen der selben der Zeitpunkt der Wahlen in die Adelsständschaften heranzückt und diese erst vollzogen sein müssen, bevor die weiteren Aeußerungen erfolgen können. Regierungseits wird natürlich dahin gewirkt, daß ein der Reformfrage günstiges Ergebnis aus den Wahlen hervorgehe. (R. 3.)

[Rußland und China.] In Schanghai hat, wie schon erwähnt, ein russisches Schiff, „Cäsarowitsch“, zum erstenmal eine Ladung Theeingenommen, um sie nach Kronstadt zu bringen. Bisher war es russischen Schiffen wohl erlaubt, die chinesischen Freihäfen zu besuchen, nicht aber dort Waaren einzuladen. Der Handel mit Rußland war allein auf den Verkehr an der russisch-chinesischen Grenze beschränkt. Ob neuerdings ein Handelsvertrag zwischen China und Rußland abgeschlossen, oder ob der „Cäsarowitsch“ sich an das bestehende Verbot nicht kehrte, ist nicht bekannt. Am Amur sollen die Russen die un-

längst erlittene Scharte wieder ausgewetzt und mehrere chinesische Pulvermühlen verbrannt haben. Auch bei Kiachta soll es zu einem Zusammenstoß zwischen russischen und chinesischen Truppen gekommen sein. (Kiachta, südlich vom Baikalsee, liegt der chinesischen Grenzstadt Matschschin gegenüber und war bekanntlich bisher der große Tauschplatz russisch-chinesischer Waaren.)

### Provinzial-Zeitung.

Preslau, 16. April. [Kommunales.] In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten erregte noch der auf Veranlassung der kgl. Regierung seitens des Magistrats vorgelegte Antrag: eine neue Fluth-Rinne an der Neumühle zu eröffnen — eine lange und zuweilen lebhafteste Debatte. Da man nämlich beabsichtigt, oberhalb Breslau die Oder durch Dämme immer mehr einzuzengen, so ist deshalb bei Hochwasser unsere Stadt einer Ueberschwemmung in höherem Grade ausgesetzt, und es sei deshalb eine Nothwendigkeit, in diesem Falle dem Wasser einen rascheren Abzug zu verschaffen. Es soll demgemäß an der Neumühle eine neue Fluthrinne gebaut werden, die aber nur bei einer Wasserhöhe von 20 Fuß geöffnet werden würde. Die Debatte drehte sich nun meist um die Frage: ob hierdurch die umliegenden Wasserwerke nicht benachtheiligt würden? — hauptsächlich aber, wer die Kosten für den Bau und die Unterhaltung der neuen Fluthrinne tragen solle, da das Terrain, auf welchem die Fluthrinne vorgestellt werden soll, von dem Besitzer der Neumühle mitangekauft worden sei? Der Magistrat veranlagt die Herstellungskosten auf circa 650 Thlr. und will, daß die Stadt sie trage; die Mehrzahl der Stimmen der Stadtverordneten ließ sich aber dafür vernehmen, daß der Besitzer des Terrains die Kosten des Baues und der Unterhaltung zu tragen habe. Jedoch kam es hierüber zu keiner Entscheidung, sondern man beschloß, da man in der magistratualischen Vorlage mehrere nothwendige Angaben vermisse, die ganze Sache an den Magistrat nochmals zurückzuschieben.

Eine andere Wasserfrage rief eine nicht minder andauernde und interessante Debatte hervor. Die städtischen Behörden hatten nämlich vor ein Paar Jahren (wenn wir nicht irren 1854) für das große Wasserhebewerk in der Ruffer'schen Maschinenfabrik eine große gußeiserne und eine dito schmiedeeiserne (Reserve-) Welle anfertigen lassen. Die gußeiserne ist seit geraumer Zeit in Gebrauch und die schmiedeeiserne Welle soll jetzt dem Lieferanten abgenommen und ein Mehrbetrag (gegen die früher hierfür bewilligte Summe) von ca. 1200 Thlr. gezahlt werden. Der Magistrat beantragt nun die Bewilligung der 1200 Thlr. und zugleich auch 800 Thlr., welche letztere dazu verwandt werden sollen, um eine Probe mit dieser schmiedeeisernen Reserve-Welle vorzunehmen. Diese Probe könne, wenn sie ein sicheres und vollkommen zufriedenstellendes Resultat gewähren solle, nur darin bestehen, daß die gegenwärtig gußeiserne Welle aus dem Wasserhebewerk entfernt und dafür die schmiedeeiserne eingehängt würde. Dieses würde an Kosten ungefähr 800 Thlr. erfordern und eine Schließung des Wasserhebewerks auf circa 4 Wochen nothwendig machen. Die Versammlung hatte natürlich nichts gegen die Bewilligung der Mehrkosten von 1200 Thlr., doch erklärte sie sich entschieden gegen die Bewilligung der 800 Thlr. und zwar weniger wegen der Geldausgabe, als wegen der Ansehung der Sperrung des Wasserhebewerks, wodurch den Einwohnern beträchtlicher Schaden erwürde, bei Feuergefahr aber unübersehbare Unheil entstehen könne. Uebrigens ist die schmiedeeiserne Reservewelle, deren Haltbarkeit erprobt werden sollte, ein, nach dem Zeugniß aller Sachverständigen, ganz vorzügliches Fabrikat und von bestem Material. Auch dürfte sie, nach der Aussage eines Sachkundigen, die einzige schmiedeeiserne Welle von solchen Dimensionen in Deutschland sein.

Wenn demnach die Stadtverordneten-Versammlung von 2 Uebeln das Kleinste wählte, nämlich die Reserve-Welle ohne vorherige Probe zu übernehmen, so führt gerade dies wiederum in sehr dringender Weise auf die Nothwendigkeit, ein zweites Wasserhebewerk zu besorgen, hin.

Breslau, 16. April. [Theater.] Gestern ward zum Benefiz des Fräul. Claus das vielbesprochene Schauspiel Mario Uhard's: „Fiammina“ bei uns zum erstenmal aufgeführt. Das Drama soll bekanntlich eine intime Geschichte haben, indem der Verfasser durch dasselbe an seiner Gemahlin, welche ihn verließ, um sich in Petersburg engagiren und bewundern zu lassen, Rache zu nehmen gedachte.

Verbält es sich so, dann hat er eine edle Rache genommen, indem er den Bruch der sittlichen Verhältnisse, welchen die Sängerin Fiammina sich gestattet, um den Lockungen des Ruhmes und der Freiheit zu folgen, zwar mit aller Strenge charakterisirt und in seinen erschütternden Folgen sich rächen läßt, aber ohne die Schuldige zu erniedrigen. Ja er ist gutmüthig genug, der schönen „Sünderin“ zu gestatten, daß sie sich, statt im tragischen Konflikt unterzugehen, wozu eigentlich die ganze Anlage des Stückes hindrängt, durch ein Opfer der Mutterliebe reinigt.

Die Chemenner sind aber ein gutmüthiges Geschlecht und Herr Uhard macht keine Ausnahme von ihnen; sonst aber legt er in dem Stück ein Talent an den Tag, von welchem man nur mit der größten Achtung sprechen kann. Nicht bloß ein Talent der Macht; obwohl auch dieses mehr als bloß den Routinier des Theaters verräth; so natürlich ist die Exposition, so leicht fortsetzender der Aufbau, mit so ruhiger Ueberlegung und so wirksam wird der Knoten geschürzt und die Katastrophe herbeigeführt. Aber mehr als das, mehr als die Gründung der Fabel beweist die Tiefe der Charakteristik und besonders die Gruppierung der Charaktere, mittelst deren er den dialektischen Prozeß sich vollziehen läßt, von einer Kraft, welche, wenn sie nicht die schöpferische Kraft der Poesie selbst ist, dieser unendlich nahe kommt.

H. Uhard läßt in dem Drama ein volles, im höchsten Grade interessantes Stück Leben vor unsern Augen sich entwickeln, und die Handlung, die er uns vorführt, enthält einen furchtbar ernsten Protest gegen die Frivolität moderner Lebens-Auffassung, ohne daß dieser Protest in Deklamationen ausbricht, sondern indem er einfach die Konsequenzen der Verhältnisse zieht und zum Bewußtsein bringt. Und wie vortreflich versteht es H. Uhard, diese Konsequenzen zu ziehen; mit welcher Deutlichkeit weiß er an und für sich so empörende Situationen, wie die Gegenüberstellung von Mutter, Sohn und Liebhaber zu behandeln, ohne ihnen etwas von ihrer Entsetzlichkeit zu nehmen; ja indem er diese noch dadurch vermehrt, daß er Fiammina und ihren Geliebten, Lord Dudley, abgesehen von der einen Schuld, in die sie sich verstricken, mit allem Adel der Gesinnung beledet und nichts Niedrigeres begeben läßt; mit welcher Kunst und Energie weiß er dem Zuhörer das Lösungswort der Situation in die Seele zu wiehen, ohne daß die Personen der Bühne es über ihre Lippen bringen.

Obne die Wichtigkeit des Schlusses würden wir in diesem Drama, dessen Sprache überdies so ebel wie gedankenreich ist, ein wahres Meisterwerk erkennen, welches auf ein Publikum von geistiger Regsamkeit und ausgebildeter Empfindlichkeit für die Beschäftigung mit ersten Lebens-Problemen den tiefsten Eindruck machen muß, was freilich bei

unserem in eitele Musikliebhaberei eingelullten Publikum nur in geringem Maße der Fall zu sein schien.

Freilich war auch die Aufführung, wenn wir Fräulein Claus (Fiammina) und Hrn. v. Ernest (Lord Dudley) ausnehmen, sehr wenig befriedigend.

Fräul. Claus aber entwickelte in ihrer gestrigen Darstellung der Fiammina ein Talent für weibliche Charakteristik, welches alle ihre früheren Leistungen in „Demi-Monde“, „Narcis“ und andern derartigen Stücken weit zurückließ. — Ihre Auffassung der Partie war durchaus entsprechend, und die Sauerheit der Ausführung, das reiche Detail, die feine Nuancirung der Rede und die durch treues Spiel so wirkungsvoll hervorgehobenen Momente — Alles bewies den ernsthaften Fleiß, welchen die Künstlerin an ihre Aufgabe gewendet hatte.

In allen diesen Beziehungen war namentlich die Schlussscene des 2ten Aktes und ihre Unterredung mit dem Sohne im 3ten Akte von großer Wirkung. Was Hrn. v. Ernest anlangt, so repräsentirte er als Lord Dudley in Haltung und Sprache vortreflich den vornehmen Mann, welchem das Prädikat „vornehm“ aber nicht bloß wegen seiner gesellschaftlichen Stellung, sondern auch wegen seines Charakters zukommt. Die kalte Glätte der äußeren Formen ließ überall das warme Blut der Empfindung durchschimmern. — Die Herren Sulzer und Baillant (Lambert und Eduard) gaben ihre Partien zu monoton; Erstere kam aus dem Deklamiren selten heraus, Letzterer nicht aus den Dialektfehlern.

Einen schönen Moment hatte Herr Sulzer — die Scene des Wiederbegegngens mit seiner Frau — einen schöneren ließ er sich entgehen. Der Moment, da ihn sein Sohn auf des Kindes Verhältnis verweist, welches durch die Trennung der Eltern nicht gelöst worden, muß den sonst so gefassten Mann erschüttern, und hat auch diese Wirkung, wie die entgegenenden Worte Lamberts bewiesen; Herr Sulzer aber sprach diese in demselben ruhigen und überlegten Tone, welchen er für die ganze Rolle beibehielt.

Auf Herrn Meyer müssen wir ernstlich zürnen, daß er die Rolle des Duchateau nicht zu der Geltung brachte, die ihr gebührt, und welche er gerade ihr vermöge seines Talents zu geben berufen war. Duchateau nimmt in dem Organismus des Stückes eine überaus wichtige Stelle ein, indem er als Repräsentant des stittlichen Instinkts auftritt, welcher alle Frivolität durchbricht.

Auf diese Wirkung hätte Hr. Meyer aber mehr hinstreben müssen, indem er dem Charakter anfänglich eine mehr komische Färbung zu geben hätte. Die Aufnahme des Stückes war, wie bereits oben angedeutet, ziemlich kühl, doch ward Fräul. Claus durch wiederholten Applaus und Hervorruf ausgezeichnet, wie sie es wahrhaft verdiente.

Zum Schluß noch wiederholt gerufen, wurde sie mit einer reichen Spende eleganter Bouquets begrüßt.

N. B.

### Ein Spaziergang zu dem von der Berliner Waaren-Kredit-Gesellschaft zu erbauenden Stadttheile.

Wie an jedem Umzugs-Termin, so auch jetzt wieder nicht nur die alte, sondern so manche neue Klage über steigende Miethypreise und Wohnungsmangel. Für bescheidene Hausväterklassen sind die neuen zahlreich emporsteigenden Bauten vor dem Potsdamer-Thor ein „Noli me tangere“. Die hellen, glänzenden Fronten sprechen auch ohne Inschrift zu dem Beamten, Pensionair, dem „kleinen Manne des Mittelstandes“: Lasciate ogni speranza! Aus den Forderungen von 300—400—500 Thalern klingt für sie kein freundlicher Accord. So wendet sich jetzt immer sehnlicher der Blick nach der Nordseite der Residenz. Wo vor dem Rosenthaler-Thor, die letzten Häuser stehen, sollen sich, so finden uns die „Wägen“, bald die ersten Häuser Neu-Berlins erheben. Man belagert das Bureau der Waaren-Kredit-Anstalt in der Jägerstraße, die als Wohltäterin in dieser Noth eingetreten beschloßen, um zu erfahren, ob man schon zum Herbsttermin unseren städtischen Hausherrn ein adieu pour jamais jurefen, die Wanderung zum wohlfeileren Herde antreten könne. Wenn einerseits die Erfüllung dieser Hoffnung noch im „weiten Felde“, so dürfte der langsame Fortschritt doch zugleich eine Gewähr für die Solidität dessen sein, was auf jenem weiten Felde sich in Bauform erheben soll. Wie weit oder wie nahe die Aussichten? Wir haben uns durch den eigenen Augenschein belehren wollen, den am wenigsten kalten Tag der kalten Jahreszeit zu einem Insjizir-Spaziergang benutz, sind durch die städtischen Straßen jenseits der Spree gewandert, die für uns nicht von Gesichts dorthin gezogenen Friedrichstädter eine terra incognita bilden, haben der bescheidenen Anforderungen der alten Berliner des vorigen Jahrhunderts uns gefreut, die das Rosenthaler-Thor zu den prachtvollsten Bauwerken der Residenz zählten, dann in der Straße außerhalb desselben unser Staunen der Selbstsamkeit zugewendet, daß man dort zu der Parterre-Etage einzelner kleiner Häuser unter das Niveau des Straßenpflasters, a la Pompeji, hinabsteigen muß, einem Bekannten am Fenster der Bel-Etage vom Trottoir aus bequem die Hand zum Gruße schütteln kann, und sind so auf sanft sich erhebenden „Bergen“ bis zu dem Fuße des „Univerfums“ gelangt, des Tiegen-Weimanne'schen Gambrius-Tempels, der mit dem der Pallas-Athene die Ähnlichkeit hat, daß er von der Akropolis-Höhe auf die Hauptstadt hinabschauet. Einen würdigen Mann, der droben dem nackten Kultus gehuldigt und von der Burg niederstieg, fragten wir nach dem Wege, der uns zum Ziele führen sollte. „Noch ein Stückchen weiter und dann rechts hinter dem Jaun“, der Bescheid, den wir befolgten.

Rechts ab von der Chaussee, die zum vielbeliebten Gesundbrunnen führt, hinüberreichend bis zu dem „Verlorenen Weg“, einer Nebenstraße der zu dem Schönhäuser-Thor hinführenden Chaussee, streckt sich eben so lang, wie die Breite dieses Terrains, ein Höhen-Plateau hin, das freilich nicht zu den erhabensten Deutschlands, aber doch der Umgebung Berlins gehört. Zurückblickend auf die Stadt, schaut man wirklich auf sie nieder, dehnt sich rund umher ein weiter Gesichtskreis aus. Wir befinden uns auf der Stätte, auf welcher spätestens binnen fünf



Sehr Treffendes und Beherzigenswerthes über diese Angelegenheit sagt die Broschüre: „Ueber die Anlage eines zweiten großen Wasserhebwerkes in Breslau“, welche gestern an die Mitglieder des Kollegiums vertheilt wurde und den in dieser Beziehung um die Stadt sehr verdienten Herrn C. F. Heymann zum Verfasser hat.

G. [Der Park zu Scheitnig] soll unter der Fürsorge des breslauer Magistrats verschönert und zu einer würdigen Fierde der durch ihre näheren Umgebungen gerade nicht ausgezeichneten Hauptstadt der Provinz umgestaltet werden. Ein solches Unternehmen wird gewiß sich der allgemeinsten Theilnahme erfreuen, denn Scheitnig ist seit langer Zeit ein Lieblingsort für Hoch und Niedrig gewesen und wird unausgesetzt der Sommeraufenthalt vieler Familien sein, die sich in der glücklichen Lage befinden, die bellemmende Stadtluft fliehen zu können. Der Park bietet tüchtigen Landschaftsgärtnern wie durch seine Lage zu durch seine herrlichen Bäume ein ermuntertes Material, aus dem ein bedeutendes Kunstwerk geschaffen werden kann, und da der Sinn für derartige Schöpfungen bereits in unserm Vaterlande durch Vorbilder geweckt ist, so steht zu hoffen, daß diejenigen, welche die beregte Angelegenheit in die Hand nehmen, sich nicht auf eine gewöhnliche Leistung beschränken werden. Allein etwas Vollendetes darzustellen, ist schwer, denn es erfordert neben praktischer Tüchtigkeit Einsicht in die Natur des Schönen und Verständniß der schönen Natur, Eigenschaften, denen nur selten durch einen Einzelnen vollständig genügt werden kann. Nicht Jeder hat das Genie eines Fürsten-Bäuer, eines Lenné, und die Erfahrung lehrt leider nur zu häufig, daß der beste Wille gar zu leicht aus Mangel an jenen Erfordernissen eher alles Andere als etwas Kunstgemäßes zu leisten vermag. — Es scheint daher wohl der Vorschlag nicht unangemessen, daß diejenigen, welche der Magistrat mit der speziellen Aufsicht über die Herstellung des Scheitniger Parks und dessen Verschönerung betraut, eine allgemeine Konkurrenz behufs Ausarbeitung von Plänen ausschreiben, die dann der Prüfung eines bewährten und unparteiischen Landschaftsgärtners unterbreitet werden. Der vorerwähnte durchaus nicht die Tüchtigkeit derjenigen, welche sich bereits seit längerer Zeit um die würdige Fierde der Umgebungen Breslaus so große Verdienste erworben haben, und wir können sie nicht dringend genug ermahnen, sich von dem einmal betretenen Wege durch einseitige Urtheile und durch Hemmnisse aller Art nicht abzuwenden zu lassen; in dem vorliegenden Falle handelt es sich jedoch um ein Kunstwerk, welches Einheimischen und Fremden darthun soll, daß die Hauptstadt Schlesiens nicht hinter anderen größeren und kleineren Städten zurückstehen will; umso mehr ist darauf zu sehen, daß bei Herstellung desselben nicht von einem beschränkten Gesichtskreise ausgegangen werde und außerdem ist wohl zu bedenken, daß bei derartigen Unternehmungen verschobene Fehler und Irrthümer kaum zu beseitigen sind, wenigstens auf lange hinaus Anlaß zu begründetem Tadel geben.

§ Breslau, 16. April. [Zur Tages-Chronik.] Es war hohe Zeit, daß die „Zukunft“ Zeitung“ anfang, die Wabzeichen unserer Stadt durch Bild und Wort für die Zukunft aufzubewahren; denn mit jedem Jahre verschwinden einige jener alterthümlichen Bauwerke und Denkmale von Stein, Holz und Erz, nachdem sie schon lange sich selbst überlebt haben. Freilich fährt der Hammer schonend über manche Antiquitäten hinweg, die einen historischen Werth besitzen, oder mit sinnvollen Epitaphien ausgestattet sind; doch kann diese Rücksicht natürlich nicht auch auf Gebäude ausgeübt werden, welche hinfällig und morisch, wie sie eben im Laufe der Jahrhunderte geworden, nimmere dem vernichtenden Eisen des Maurers oder Zimmermanns unterliegen müssen. Ein solches, vom Alter zernagtes Haus, das gar Vieles aus Breslaus Vorzeit zu erzählen wußte, wird jetzt am Universitätsplatze abgetragen. Dasselbe erstreckt sich in einer Länge von 10 Juchtern, gegenüber dem Laboratorium, und erstreckt sich zur Schußbrücke hin zwei Seitenflügel, deren nördlicher sich an die dortigen Ueberreste der ehemaligen Stadtmauer anlehnt. Es ist also ein ziemlich umfangreicher Gebäude-Komplex, welchen der gegenwärtige Besitzer niederreißen läßt, um an dessen Stelle einen prachtvollen Neubau aufzuführen. Hauptsächlich wird dabei die an der nordwestlichen Ecke befindliche marmorne Votivtafel konsekrirt werden, die mit goldenen Lettern die Inschrift enthält: „Johann Christian Freilich von Wolf, Sohn eines hiesigen Bürgers und Rathgebers, als Mathematiker und Philosoph, durch Lehren, Schriften und Schicksale ausgezeichnet, wurde in diesem Hause geboren am 24. Januar 1697.“

Wie uns von verlässlicher Seite mitgetheilt wird, gedent Herr Renz mit seiner neuerdings bedeutend verstärkten Gesellschaft noch diesen Sommer hier einzutreffen, um während des Wollmarkts im Rärgerischen Circus Vorstellungen zu geben. Gegenwärtig weilt Renz in Dresden, von wo er sich demnächst nach Leipzig begeben will.

Nach einer Veröffentlichung sind im Jahre 1857 in der hiesigen Synagogen-Gemeinde 250 Kinder (122 männliche und 128 weibliche) zur Welt gekommen, 181 Personen (92 männliche und 89 weibliche) gestorben und 80 Paare getraut worden.

§ Breslau, 16. April. Nach dem uns so eben zugegangenen Rechnungs-Abschluß der „Schlesischen Feuer-Versicherungsgesellschaft“ für das Jahr 1857 hat sich die Prämien-Einnahme, im Vergleich zu dem vorjährigen Abschluß, um circa 115,000 Thaler

vermehrt, und eben so ist das Versicherungsgeschäft gegen Feuergefahr und Transportschäden bedeutend gestiegen. Es betrug nämlich die Summe der Einnahmen 776,060 Thaler 24 Sgr. 6 Pf., die Summe der Ausgaben 552,544 Thaler 15 Sgr. 6 Pf., wonach sich im Ganzen ein Ueberschuß von 223,516 Thaler 9 Sgr. ergab. Die Einnahme-Uebersicht erwähnt: an übertragenen Reserven 130,368 Thaler 25 Sgr., an Prämien-Einnahme für im Jahre 1857 geschlossene Versicherungen (in Höhe von 221,454,189 Thaler, ausschließlich 17,583 Thaler 3 Sgr. für vorausbezahlte mehrjährige Versicherungen) 564,817 Thaler 24 Sgr. 2 Pf., Ueberschuß von Transport-Versicherung (laut Separatabschluß) 52,082 Thaler 22 Sgr. 9 Pf., ein Saldo von Zinsen- und Agio-Konto 28,791 Thaler 12 Sgr. 7 Pf. — Von den Ausgaben-Posten sind hervorzuheben: für 15 Brandschäden von 1856 und früher, abzüglich der Rückversicherung, bezahlt mit 13,113 Thaler 4 Sgr. 5 Pf., für 601 Brandschäden von 1857, abzüglich der Rückversicherung (111,058 Thaler 11 Sgr. 2 Pf.), bezahlt mit 290,361 Thaler 26 Sgr. 5 Pf., Reserve für 18 unregulirte Schäden von 1857, abzüglich der Rückversicherung, 11,166 Thaler 12 Sgr., Prämie für Rückversicherungen 129,959 Thaler 13 Sgr., Provision für Haupt- und Unter-Agenten 59,968 Thaler 8 Sgr. 9 Pf. — Laut Beschluß der Gesellschafts-Vorstände vom 31. März d. J. wird die zur Vervollständigung des Inventariums vorausgabte Summe von 692 Thaler 20 Sgr. 9 Pf. abgeschrieben und auf die Baareinlage eine Dividende von 5 pCt., oder 10 Thaler pro Aktie von 200 Thaler bestimmt. — Der Stand des Gesellschafts-Vermögens war am 1. Jan. 1858 folgender: Kapital-Fonds 3,000,000 Thaler, Prämien-Reserve für laufende Versicherungen 140,104 Thaler 29 Sgr., Reserve für unregulirte Schäden 11,166 Thaler 12 Sgr., Reservefonds laut § 19 des Statuts 14,000 Thaler, Reserve für illiquide Schäden und laufende Versicherungen des Transport-Geschäfts 48,000 Thaler, Dividende für 1857, à 5 pCt, 30,000 Thaler, Betrag zur Verwendung wohlthätiger und gemeinnütziger Zwecke (laut § 20 des St.) 861 Thaler 10 Sgr. — Ueber die Resultate der Land- und Wasser-Transport-Versicherung giebt ein Separatabschluß nachstehende Auskunft: die Einnahme belief sich an übertragenen Reserven auf 50,000 Thaler, an Prämien für im Jahre 1857 geschlossene Versicherungen, abzüglich Rabatt und rifortirte Posten auf 266,717 Thaler 1 Sgr. 9 Pf., zusammen auf 316,717 Thaler 1 Sgr. 9 Pf.; die Ausgabe betrug: für 266 Transportschäden von 1856, abzüglich der Rückversicherung, bezahlt mit 111,932 Thaler 18 Sgr. 8 Pf., für 177 Transportschäden von 1857, bezahlt mit 44,660 Thaler 25 Sgr. 2 Pf., Prämie für Rückversicherungen 85,853 Thaler 2 Sgr. 6 Pf., Provision an Haupt- und Unteragenten 10,086 Thaler 17 Sgr. 9 Pf. u. c., in Summa 264,634 Thaler 9 Sgr. Hiernach entstand eine Mehreinnahme von 52,082 Thaler 22 Sgr. 9 Pf., die bei dem allgemeinen Geschäftsabschluß in Rechnung gestellt ist.

— sch. Breslau, 16. April. Nachdem die Bernhard'sche Menagerie den Tempelgarten verlassen, hat sich daselbst eine Stereoskopien-Sammlung eingefunden, ähnlich der Blant'schen, die im vorigen Jahre am Zwinger aufgestellt war. Der Besitzer des Kabinetts, das im Glashause des Tempelgartens aufgestellt ist, Herr J. Kreiser, ist ein Breslauer, und beginnt in seiner Vaterstadt seine beachtenswerthen Ausstellungen. Die einzelnen Bilder, Werke von französischen Künstlern, wie Ferrier, Soulier, Couen, Vertram und Elliot, stehen den früher hier gesehenen keineswegs nach, und man kann sogar behaupten, daß die Vertram'schen und Elliot'schen Gruppen des Herrn Kreiser einem feinem Genre angehören, als die, welche uns das Blant'sche Kabinet vorführte. Sämmtliche Gruppen und Ansichten werden auch hier durch Soulier's berühmte Patent-Apparate gezeigt. Das Kabinet ist daher dem Publikum nur zu empfehlen, um so mehr, als eben jetzt bei den sonnigen Frühjahrs-promenaden die Besichtigung der Bilder eine anmuthige Unterbrechung für den Spaziergang bildet. Besonders zu erwähnen sind die Ansichten von Rom, London, Paris, der Kathedrale von Orleans, der Ermordung des englischen Erzbischofs von Canterbury, und die Einzelbilder von München. Bereits ist ein zweiter Cylindus der Stereoskopien arrangirt und aufgestellt, und sind die Preise um die Hälfte erniedrigt. Bald folgt ein dritter Cylindus.

Herr Casanova, Besitzer des Affentheaters, das jetzt in der kleinen und großen Welt im Rärgerischen Circus so viel Anklang findet, ist auch Inhaber einer großen Menagerie, die vorläufig in Dresden weilt, und wohl nächstens auch bei uns zur Schau gestellt werden wird, sobald die Kassenberger'sche Tierfamilie am Zwinger die Bude verlassen haben dürfte. Die Casanova'sche Menagerie

enthält viel seltene Exemplare, namentlich prachtvolle Löwen, einen Königsstier und seltene Schlangen.

Gestern versammelte sich vor dem Hause Nr. 4 am Ringe eine schaulustige Menge, die dem lauten Zwiegespräch eines buntgefiederten Papageien-Paares lauschte, welches letztere über der Eingangstür zu einem daselbst befindlichen Verkaufstale in mächtigen Messingbahren sich amütierte; eben so wurden über der daneben befindlichen Haustür eine Menge bunter Verkaufsbilder bewundert, die in allen Farben dem Vorübergehenden die sonderbarsten Fabrikate aus Gummi und Gutta-Percha anpriesen.

Breslau, 14. April. Wenn man bedenkt, welche Anzahl von Handwerks-Lehrlingen, zum Theile noch keineswegs der Elementar-Schulbildung gänzlich entwachsen, in Breslau sich bewegen, so muß man die Zahl von 251 Jünglingen, mit denen die ganz kostenlos sich ihnen darbietende „Sonntags-Schule“ im v. J. abschließt, eine geringfügige nennen. Daß andere Städte der Provinz, mitunter fast mehr als einem halben Jahrhundert, an ähnlichen Erscheinungen kranken, kann dem Vaterlandsfreunde nur einen schlechten Trost gewähren. Es mußten verfloßenes Jahr wegen unregelmäßigen Schulbesuchs 46, wegen Vernunlust 15 Jünglinge ausgewiesen werden. Es fehlte in jeder Klasse durchschnittlich der 7te Schüler. Dagegen waren Fleiß und Betragen vieler sehr rühmlich. Prämirt wurden 15 der vorzüglichsten theils mit Medaillen, theils mit Büchern. Unter den Schülern befanden sich 43 Tischler, 20 Schmiede, 13 Schlosser, 11 Schuhmacher u. f. l., aber nur 3 Wagenbauer, 3 Kürschner, 3 Bäcker, 3 Maurer u. f. m. Durch stehende Beiträge und wechselnde Zustüsse vieler Wohlthäter ist das Vermögen der Anstalt jetzt auf 5218 Thaler angewachsen, welche durch Hypotheken, Sparcassenbücher, schließliche Rentenbriefe u. ihre Zinsen tragen. Jährlich spendet die Kammereihauptkasse zur Bestreitung der Verwaltungskosten und Anschaffung der Lehrmittel 40 Thaler, zu Prämien 20 Thaler, der Gewerbeverein 10 Thaler. Eine Schul-Bibliothek wird unterhalten und vermehrt. Die Lehrlinge haben Alles unentgeltlich; 152 sind evangelisch, 96 katholisch, 3 jüdisch; 164 sind aus Breslau, 80 aus der Provinz Schlesien, 4 aus der Provinz Posen, 1 aus der Provinz Sachsen, 1 aus Galizien, 1 aus Polen.

Ein alter wohlmeinender Patriot.

× Breslau, 15. April. [General-Versammlung des Vereins für Stenographie nach Stolze vom 14. d. Mts.] Laut eines Schreibens des Nendanten Schulz, Vorsitzenden des Vereins für Stenographie zu Sorau, theilte sich daselbst auch Lehrer des Gymnasiums an Stolze's geistreicher Erfindung, von welcher die hiesigen Gymnasial-Lehrer sonderbarer Weise sich immer noch entfernt halten. — Es wurde ein ausnehmend schön und korrekt gefertigtes Schriftstück eines Schülers des Herrn Adam aus dessen eben beendigten Lehr-Cursus für Stenographie als Probe davon vorgelesen, wie weit man es darin selbst in den wenigen (24) Lehrstunden bringen könne. Der Vorsitzende theilt mit, daß dem Vereine durch Hrn. Köhn von hier und Hrn. Kreiser zu Berlin mehrere Schriften für Stenographie geschenkt worden sind. Für zwei aus dem Vereine Ausgeschiedene treten demselben sofort zu die Hrrn. Lachmann, Krause, Hartmann und Steinföhl.

Die bisherigen Redaktions-Mitglieder für Herausgabe der „Stenographischen Blätter aus Breslau“, die Herren Adam, Hedwig, Köhn, Pauly und K. Schulz, wurden wieder auf ein Jahr gewählt. — Da diese in Stolze's Schrift erscheinende Zeitschrift den einzigen und zugleich den guten Zweck hat, die Erstere auf ihrem Fortschreiten durch's deutsche Vaterland und darüber hinaus zu fördern, und ein größerer Umlauf jener Blätter nur wünschenswerth sei, so wurde vom Verein mit großer Majorität beschlossen, daß jedes Vereinsmitglied von nun an 4 Sgr. statt bisheriger 3 Sgr. als allgemeine monatliche Beiträge an die Kasse zahle, und für die Erhöhung derselben genannte stenographische Zeitschrift erhalte. Für den Thaler Eintrittsgeld eines jeden neuen Mitgliedes wird folgend von nun an der jedesmalig jüngst vollendete Jahrgang der „Stenographischen Blätter aus Breslau“ gegeben. Endlich ward beschlossen, am letzten Mittwoch dieses Monats ein Wett-schreiben in stenographischer Schrift abzuhalten.

§§ Schweidnitz, 16. April. [Historische Reminiscenzen. — Schwurgerichtssitzung.] Heut vor 100 Jahren kapitultirte der hiesige Wapenplatz, der im November 1757 an die Oesterreicher übergegangen war, und Schweidnitz gelangte wiederum in den Besitz von Preußen. Durch die Schlacht bei Leuthen hatte sich die Sachlage des großen Königs in Schlesien wesentlich geändert. Breslau war in die Hände der Sieger gefallen; ein Theil der Besiegten hatte sich nach der böhmischen Grenze hingewandt, und eine nicht unbeträchtliche Schaar derselben hatte in Schweidnitz Aufnahme gefunden, so daß die Garnison des Platzes sich bis auf 8000 Mann vermehrte. Für eine so bedeutende Anzahl war der in der Stadt befindliche Vorrath nicht ausreichend. Es wurde daher vom Lande eine bedeutende Menge von Getreide und Vieh requirirt, welches eingeschleppt wurde, und als auch dies nicht hinreichend schien für den Bedarf der Garnison, wurden den Bewohnern der Stadt die Quantitäten der Lebensmittel vorge-

geben, die Kosten zur Anlage derselben, so wie zu der der Baumpflanzungen, der 120 Brunnen und der andern Straßenaußerlichkeiten, so wie die von der Gesellschaft bis zur vollständigen Wohnung der neuen Stadt zu tragenden Unterhaltungskosten, werden enorme Summen erfordern, so z. B. die Herstellung der Brunnen allein 58,000 Thaler, die ganze Anlage ohne Häuser etwa eine halbe Million Thaler. Dadurch ist den Acquirenten der einzelnen Baustellen die Annehmlichkeit geboten, daß ihnen kein Hausterrain auf freiem, dem Felde zufällt, sondern daß sie sich bereits in vollständig geregelten Straßen anbauen können, diese auch durch keine Rinnsteine verunglückt werden, sondern die Gesellschaft auf allen Hausplätzen Abzugskanäle anlegt, die unterirdisch mit den größeren Kanälen unter der Straße in Verbindung stehen.

Sinnsichts des Verkaufs der Grundstücke von der Baaren-Kredit-Anstalt an Privaten, so erwerben diese zuvörderst die Baustellen, und zwar unter erleichternden Zahlungs-Bedingungen, durch Prozent-Einzahlungen in zu bestimmenden Terminen. Was dann den Bau der Häuser selbst betrifft, so ist, wie wir erfahren, von der früheren Idee abgegangen, die Bauten in einer gewissen Gleichartigkeit auszuführen. Es wird zwar Jedem überlassen bleiben, seinen Bau nach eigenem Geschmack und auch wohl mit selbst zu beschaffendem Material zu bewerkstelligen, doch dürften hierzu wohl wenige der künftigen Grundbesitzer geneigt sein, da die in großartigstem Maßstabe von der Baugesellschaft fabrizirten Materialien zu Preisen geliefert werden können, die an Billigkeit alle andere Herbeischaffung weit übertreffen. Im Comtoir der Gesellschaft werden in nächster Zeit eine Reihe verschiedener Ansichten und Pläne ausgelegt und die Preise der Ausführung damit verbunden, angegeben sein, so daß Jeder nach seinem Geschmack und den ihm zu Gebote stehenden Geldmitteln eine Auswahl treffen kann. Auch hierbei, wie bei dem Grund- und Boden-Ankauf, wird nach Abkommen die Zahlungs-Modalität in jeder Weise erleichtert werden. Nach dem, was uns über die Preise bekannt geworden, dürfte die Billigkeit derselben überraschen, ein gewaltiger Abstand gegen die Haussteuerung in anderen Stadttheilen sich herausstellen und die Solidität der unter strenger Aufsicht entliehenen Bauten sicherere Garantien liefern, als sie anderweitig geboten und auch wohl in Hinblick auf die leichtfertige Spekulation verlangt werden.

Dies die Umrisse des Unternehmens, zu dessen Förderung fast täglich die vermittelnden Arbeitskräfte von der Gesellschaft vermehrt werden. In diesem Augenblick freilich bietet sich dem Blicke nur noch ein Chaos dar, in welchem die Phantasie mehr suchen kann, als die Wirklichkeit bereits darbringen konnte. Wir haben ähnliche Erscheinungen im Laufe der Jahre zu beachten Gelegenheit gehabt und wandern jetzt in eleganten, mit kolossalen Bauten besetzten Straßen, wo vor zwei bis drei Jahrzehenden das öde, wüste Sandmeer des verurtheilten Voigtlandes unheimlich uns umgab. Nach einem Triennium wird wohl die Erfüllung unserer Haus- und Wohnungshoffnungen in gewonnener Gestalt vor uns stehen und das vierfache N.: „Nur nicht nach Norden!“ sich auf die dreifältige Mahnung: „Nur nach Norden!“ reducirt haben. (Zeit.)

Jahren ein neuer freundlicher Stadttheil von etwa 1200 Häusern mit breiten, in rechten Winkeln sich durchschneidenden Straßen die Berliner aufnehmen soll, die den Staub der unglücklichen Stadt innerhalb der Mauern von sich schüttelnd, hier das: „Ein Gärtchen und ein Häuschen, — mehr braucht man nicht, um glücklich zu sein!“ in der Wirklichkeit finden werden. Auch das: „Wir wohnen im sandigen Berlin!“ wird nicht mehr als Klage ertönen, denn während die ganze Hauptstadt auf solch beweglichem Grund-Element lagert, ist der Boden dieser Höhe ein aus tüchtigem Lehm gebildeter, ein Erdreichthum, der schon jetzt dem Unternehmen eine Hilfe darbietet. Eine Menge Hügel bieten auf der Hochfläche sich dem Auge dar. Es ist der Lehm, der, in Häufen aufgethürmt, das Material zu den Ziegeln liefert, mit deren Bereitung eine ameisenerartig bewegliche Arbeitermenge sich beschäftigt. In den letzten Tagen sind zwischen den Hügeln eine Menge großer Strohhütten aufgewachsen, die uns lebhaft an die Bauart walachischer Dörfer erinnern. Man hat eine viereckig-längliche Vertiefung in den Boden gegraben und diese nur mit einem auf dem Umfange der Vertiefung ruhenden Strohdache überdeckt. An einem Giebelende führt die Thür in das einfache Haus, dessen Innerem ein Fenster an einem Giebel freilich nur sparsames Licht leiht. Auf leicht improvisirtem Stangenzaun vor der engen Pforte flattert, im Winde trocknend, Wäsche, deren Keinsstoff gerade nicht an die Weber-Kunstwerke Schlesiens und Westfalens erinnert; starkknockige Frauen bereiten an des Herdes Feuer, das aus dem dunkeln Raum der Hütte leuchtet, das einfache Abendessen, während draußen blaubeblusste Männergestalten, in Holzschuhen, eine überkurze Thonpfefe im Munde, noch an der Vollendung des Ofens bauen, das als Uranfang der künftigen Stadt, an amerikanische Zustände erinnernd, gelten kann. Es sind die anderthalb Hundert belgischen Ziegelbrenner, die als Meister in ihrem Handwerk von der Baugesellschaft vor wenigen Tagen herbeigeführt wurden. In der Mitte der Strohhütten prunkt — ist doch unter den Pfänden der Enägige König — eine große Bretterbude. Es ist die erste Restauration der Stadt der Zukunft und birgt, wie uns der Einblick in die beiden Gemächer zeigt, ansehnliche Vorräthe, die an dem Arbeiter-Tausend, das über die Ebene vertheilt ist, fleißige Abnehmer finden. Man soupirt dort „In der Sonne“, nicht in der weiland Jagd, sondern in der Abendsonne, die ihre letzten Strahlen den müden Gästen auf den zahlreichen Bänken vor der Thür des Restaurants senket. Dieser, ein schlanker, kräftiger Mann, wie die hartknockigen rauen Hände zeigen, vielleicht früher ein Fabrikarbeiter, ist den neu-gekauften Wanderern ein unterrichteter Cicerone, der mit großem Entzücken das Bild der Zukunftsbau und ihrer späteren Blüthe vor uns entrollt. Als größter gegenwärtiger Bau auf dem Blachfelde erweist die Ziegelfabrik gleichsam als die Mutter der Zukunftsbau, aus deren Schoß die einzelnen Gliedmaßen der Haus-Kinder sich entwickeln. Daß die geraden Wege die heißen und diese die preussischen, darauf deuten die langen Reihen schwarzwäisser Pfähle hin, welche die Richtung der Straßen bezeichnen. Namen nennen sie noch nicht. Wir hoffen aber, auf Neu-Berlin auch die Vertreter unserer Literatur, von wegen des

bescheidenen Ehrenfelds und der daraus folgenden bescheidenen Wohnungs-Miethe hingewiesen, später, wenn auch keine Schelling- und Tieckstraße, so doch manche andere zu finden, die, wenn auch nicht die Werke, so doch den Namen unserer jetzigen jungen Schriftsteller-Armee auf die Nachwelt bringen dürfte. So wartet unser vor dem Rosenthaler-Thor die Unsterblichkeit. Die Gesundheit wird dort oben auf den vom frischen Luftzug überwehten Höhen auch heimisch sein, weshalb wir Vierzehn den neuen Stadttheil nicht als einen einträglichen empfehlen können.

Nach dem Vorhergesagten sieht man, daß von dem Stadttheil der Zukunft eigentlich noch wenig zu sehen. Der Schwung aber, der in dem Unternehmen herrscht, die nicht nach Ostentation gehende, aber rührige und kräftige Thätigkeit, mit welcher die Baugesellschaft alle Vorbereitungen getroffen, um, wenn die Anhäufung des Materials vollendet, rasch die Bauten emporsteigen lassen zu können, spricht, wenn man sich die Mühe giebt, sich näher mit den fördernden Hilfsmitteln zur Ausführung des großartigen Plans bekannt zu machen, vollständig zu Gunsten der Gesellschaft. Nachdem in letzter Zeit die Vorarbeiten rascher, als erwartet werden konnte, gefördert worden, liegt die Gesellschaft die Hoffnung, daß die ganze neue Stadtanlage nicht erst in fünf, sondern schon in drei Jahren vollständig fertig sein wird. Wir denken auf Einzelheiten des Unternehmens hin, um es dann dem Ermessen anheimzugeben, wie kolossal das ganze Unternehmen. Durch die vermehrten Arbeitskräfte der Menschen und Maschinen werden im Laufe dieses Jahres 10 Millionen Ziegelschneide zu den Bauten angefertigt sein, 7000 Schachteln Lehm liefern das Material dazu, und 20,000 Tonnen Kohlen sind zum Brennen der Steine herbeigeschafft. Wenn, wie bestimmt, dieser Ziegelschneide auf der Grenze der ganzen Breite des Terrains aufgeschichtet ist, dürfte man eine Idee von der chinesischen Mauer gewinnen können. Die Zahlen sprechen sich leicht aus, sie entziffern ihre Großartigkeit aber erst in ihrer Bedeutung durch erläuternde Beispiele. Wenn mit einer Fuhre 1000 Ziegelschneide fortgeschafft werden können, gehören zu dem Transport der ganzen Steinmasse nicht weniger als 10,000 solcher Fuhren. Deutlicher, als wir durch die Anzahl und die Lage der künftigen Straßen bezeichnen könnten, entrollt sich das Stadtbild dem Blicke, daß die Straßen durch 26 Häuser-Quarres gebildet werden, von denen die größeren gegen je 60, die kleineren je 30 Bauplätze umfassen werden, die Mitte des Ganzen einen in Kreuzform auslaufenden großen Promenadenplatz mit Gartenanlagen, Fontänen und Alleen, wo auch das Gotteshaus seine Stelle erhalten wird. Die Straßen selbst werden durch die bei allen Häusern anzubringenden Vorgärten, so wie durch Allee-Anpflanzungen, ein freundliches Ansehen gewinnen, die Passage zweckmäßige Bequemlichkeit durch die makadamisirten Fahrwege und die Asphalt-Trottoirs erhalten. Zur Asphaltirung wird man das Material anwenden, dessen man sich in den letzten Jahren in Woolwich bedient, und dessen Haltbarkeit sich dort auf's Vortheilhafteste dadurch erprobt hat, daß es den ungeheuren Lasten des Kriegsmaterials widerstand, zu deren Transport diese Woolwich-Asphaltbahn angelegt worden. Die ganze Trottoir-Länge des Stadttheils wird zwei deutsche Meilen betra-



schrieben, welche sie für je einen Tag einkaufen durften. Es war eine Zeit harter Bedrängnis, welche die Schweidnitzer durchzumachen hatten, als die Preußen zur Belagerung herandrängten. Trotz der Gegenstellungen des evangelischen Kirchenkollegiums wurden die Gebäude auf der Nordseite des evangelischen Friedhofs, die zu Wohnungen für Geistliche, Lehrer und andere Zwecke dienten, niedergegriffen. Die Bürger wurden zu Schanzarbeiten angehalten, die Hausbesitzer und Hausbewohner hatten ein genaues Verzeichniß ihrer Vorräthe einzureichen, um demzufolge je nach dem obwaltenden Bedürfnis einen bestimmten Theil zur Verpflegung des Militärs herzugeben. Bereits im Monat Februar und März, als der Verkehr mit den umliegenden Dorfschaften wegen der Nähe der Gefahr einer Belagerung in's Stöcken gerieth, gingen die Preise für die Lebensmittel außerordentlich in die Höhe. Man zahlte damals bereits für den Kopf eines Kindes 4 Gulden, für das Herz 20 Sgr., für die Leber 16, für ein Paar Kuhfüße 6 Sgr., ja oft wurde sogar noch mehr dafür geboten, und man war froh, es zu dem angebotenen Preise zu erlangen. Der Preis für den Scheffel Weizen stieg bis auf 8 Thaler 16 Sgr., für Korn und Gerste auf 4 Thaler 12 Sgr., für den Scheffel Erbsen auf 6 Thaler 12 Sgr., für das Pfund Zucker auf 2 Thlr. 20 Sgr.; ein Huhn bezahlte man mit 1 Thlr. 20 Sgr., ein Ei mit 10 Sgr. Was die Bürger der Stadt bei dieser Belagerung und der im vorhergehenden Jahre durch die Desterreicher erlitten haben, hat Christian Fritzsche, Bürgermeister, und Gewandtschneider zu Schweidnitz, in einem in Alexandrinern gereimten Gedichte besungen. Die Belagerung selbst begann am 1. April 1758 mit Eröffnung der Schanzen, wobei Oberst Balbi die Arbeiten leitete. Die innere Stadt litt damals durch das Bombardement zwar nicht so viel wie im Herbst des Jahres 1757, wo bei der durch die Desterreicher erfolgten Belagerung über 600 Häuser theils eingeschossen, theils stark beschädigt worden waren, desto mehr aber die Vorküster, besonders die gegen Norden zu gelegene Kirchvorstadt. In der Nacht vom 15. zum 16. April ward von preussischer Seite der Sturm auf das Galgenfort ausgeführt, welches glücklich gelang. Am 16. April kapitulierte der Kommandant, der österreichische General Thierheim, und am 18. April ergrieffen die Preußen Besitz von der Stadt. Zum Kommandanten wurde der Oberst Rasow bestellt.

In der Mitte der vorigen Woche hat die zweite Schwurgerichts-Periode in diesem Jahre begonnen, die voraussichtlich bis Ende dieser Woche dauern wird. Einige der Sitzungen währten bis in den späten Abend hinein.

**Reichenbach, 15. April.** Wiederum haben wir über einen Fall zu berichten, in dem durch unvernünftige Sucht, sich im Genuße geistiger Getränke hervorzutun, ein Menschenleben zu Grunde gegangen ist. In einem Gasthause zu Peterswaldau ging am gestrigen Tage der Bauergrubeitzer Hensch mit dem Kommissionsrath K. eine Wette ein, er wolle nach einander 40 Gläser Schnaps trinken. Nach dem Genuße von 24 Gläsern stürzte K. beinahe ohnmächtig zu Boden und verschied, obgleich bald ärztliche Hilfe zur Hand war, nach wenigen Stunden.

Der Weber Paule aus Bertholdsdorf ist bei der Schwurgerichtsverhandlung in Schweidnitz am 13. d. Mts. des Giftmordes für schuldig erkannt, zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurtheilt worden. Die Arbeiten an der reichenbach-frankenscheider Eisenbahnstrecke schreiten rüstig vorwärts.

**Glas, 15. April.** [Wochenbericht.] Am 13. d. Mts. hatte der landwirthschaftliche Verein für die Grafschaft Glas eine Vereinsitzung, die wenig besucht war; es lag diesmal der Grund darin, daß die Versammlung mit dem Wochenmarkt zusammenfiel. Auch unser Verein wird gegen das Verbot der Verlosungen bei den Thierschauen am geeigneten Ort vorstellig werden. — Heute Morgen fand man das Dienstmädchen eines hiesigen Kaufmanns erstickt in ihrem Bett, doch war diesmal nicht Unvorsichtigkeit daran schuld, sondern es mag wohl in der schlechtesten Konstitution des Ofens gelegen haben, indem die Dielen und der Balken zum Glimmen kamen. Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos. — Neulich fanden Arbeiter im Glacis in einem Düngerhaufen einen 10—12jährigen Knaben tief verstickt, welcher obdachlos herumirrend, daselbst sein Nachtquartier gesucht hatte. Die Winterung ist freilich der Art, daß man sich warm halten muß, und mag den Knaben, mit bloßen Füßen und nichts im Leibe, wohl der Instinkt geleitet haben, denn als er aus seinem Eldorado herausstieg, soll er baden-arm gewesen sein.

**Zarnowitz, 15. April.** Noch zeigt sich in unserm Orte, wo es an Wohnungen wesentlich mangelt und wo die Miethspreise für dieselben hoch stehen, keine Baulust. Diejenigen unserer Bürger, welche an geeigneten Plätzen umbaufähige Häuser besitzen, denen es auch an Mitteln zur Ausführung von Neubauten nicht gebricht, begnügen sich mit Ausnahme nur weniger Einzeler, nothdürftige Flickereien ihrer kleinen, größtentheils aus Holz bestehenden, mit Schindeln bedachten Baracken aufzuführen, und, droht diesen der Einsturz, so sind sie beflissen, die eine oder die andere Seite mit Mauer zu unterfangen, um sich auf diese Weise die Erhaltung der Schindeldächer, welche sie theils mit, theils ohne polizeiliche Erlaubnis von Zeit zu Zeit mit neuen Schindeln versehen, zu sichern. Dank unserer städtischen Baudeputation, welcher der Rathsherr Herr Schichtmeister Geisler mit anerkennungs-würdiger Hingebung vorsteht, nimmt diese so viel in ihrer Macht steht, darauf Bedacht, diesem Uebel entgegenzuwirken, allein gegen Mangel an Intelligenz vermag nur Gewalt durchzubringen, diese aber liegt außer dem Bereiche der Baudeputation.

Zu wünschen wäre, und läge es im Interesse der allgemeinen Sicherheit, daß baufähigen Personen jede Reparatur im Verfall begriffener hölzerner, mit Schindeln bedachter Gebäulichkeiten streng untersagt werde, daß jede Nachsicht im Gestatten von Ausbesserung der Schindeldächer ganz aufhöre, und daß endlich alle Häuser bezeichneter Kategorie zeitweise polizeilich kontrollirt würden. Nur hierdurch sind gefährdende Gebäulichkeiten zu beseitigen, indem die Besitzer veranlaßt werden, entweder selbst zu bauen oder die Bauplätze zu angemessenen Preisen andern Intelligenzern abzutreten. Bisher werden für Bauplätze so höchst übertriebene Preise gefordert, daß jede Baulust im Reime erstickt muß.

**Nauditz bei Silberberg, 12. April.** Vor Kurzem wurde einem hiesigen Gastwirth eine Summe von circa 800 Thlr. gestohlen, bestehend theils in Kassenanweisungen, theils in Silbergeld. Der Verfolgte machte die nöthigen Anzeigen und versprach eine Belohnung von 50 Thlr. auf die Wiedererlangung des Gelees. Einige Tage nach dem Diebstahle sah der Wirth nicht einen Gassen in einem Spiele, als, am tiefen Spätabende, plötzlich ein Gegenstand durch das Fenster geflogen kommt und einen Spieler hart genug trifft. Wer beschreibe das Erstaunen, als man einen Beutel mit Geld erkennt und nach Zahlung desselben 599 Thlr. 20 Sgr. Silbergeld findet; das Uebrige, lauter Papiergeld, war zurückbehalten worden. Bis dahin hat man den Thäter noch nicht entdecken können.

(Notizen aus der Provinz.) \* Görlitz. Am 12. d. Mts. ist Herr Schmidt aus Halle als Lehrer der höheren Mädchenschule feierlich eingeführt worden.

den. — Am 14. wurde der neue Rektor der Volksschule, Herr Berg, durch den Herrn Superintendenten Bürger und im Beisein des Magistrats feierlich eingeführt. — Am 15. d. M. sollte der Schluß der diesjährigen Theater-Saison stattfinden, es ist aber noch den bisherigen Mitgliedern der Bühne in Anerkennung ihres Eifers und Fleißes der volle Netto-Ertrag von zwei Benefiz-Vorstellungen bewilligt worden, die am 16. und 18. April stattfinden werden. Am 13. wurde das Auftreten des afrikanischen Tragöden Jra Aldridge erwartet, und waren bereits alle Plätze vergeben, allein — der erbetene Gastspieler erschien nicht. — Dem hiesigen „Anzeiger“ wird „aus den Stadtfürken“ gemeldet: „einem der geladenen Waidmänner aus der Gegend ist es gelungen, einen Auerhahn zu erlegen und zwar waidgerecht mit der Kugel.“ — Das im vorigen Jahre niedergebrannte Gebäude bei der Kirche zu Hennerdsdorf ist sehr schön und massiv im Neubau aufgeführt worden, welche Art zu bauen den Landwirthen sehr zu empfehlen ist.

\* Marktissa. Am 8. d. Mts. wurde ein Gärtner aus Hartmannsdorf unterhalb der Schule zu Schadowalde leblos aus dem Queis gezogen. — Am 12. und 13. d. Mts. wurden die Schüler unserer Stadtschule öffentlich geprüft. Herr Rektor Knoll ist hier angekommen und wird mit Beginn des neuen Schuljahres in sein Amt feierlich eingeführt werden.

△ Post. Auf höhere Veranlassung soll eine Nachweisung derjenigen Beamten gegeben werden, welche von der Kreisverwaltungs-Behörde reorganisirt und sich im Landwehr- und Reserve-Verhältnis befinden, damit im Falle einer Mobilmachung behufs ihrer etwa nothwendig werdenden Zurückstellung das Erforderliche rechtzeitig veranlaßt werden kann. Der Herr Landrath hat deshalb das Nöthige veranlaßt.

□ Steinau. Zu unserem Kämmererposten hatten sich 34 Bewerber gemeldet, aus denen neun in die engere Wahl kommen. Die Wahl selbst dürfte dieser Tage erfolgen.

△ Beuthen O.S. In der letzten Sitzung des Vorstandes des ober-schlesischen Knappschafts-Vereins wurde beschließen, ein Haus für die Central-Verwaltung zu bauen. So lange die Vereinstafel von den Beamten des königlichen Bergamtes verwaltet wurde, leistete die Verwaltung so gut wie gar nichts, während sie jetzt einen Kostenaufwand von 10,970 Thlr. jährlich verursacht, was beinahe den 15. Theil der Einnahme ausmacht. Sämmtliche in den Lazarethen des Vereins beschäftigten Ärzte und Gehilfen sollen jährlich 6245 Thlr. und die Krankenspieler 1989 Thlr. erhalten.

#### Gesichtliche Entscheidungen, Verwaltungs-Nachrichten etc.

P. C. Eine in das Gebiet des Jagdrechts einschlagende Entscheidung des Ober-Tribunals, welche das so eben erschienene neueste Heft des „Archivs für preussisches Strafrecht“ referirt, betrifft den Begriff der umzäunten Gehege. Der § 217 Nr. 1 des Strafrechts verordnet: „Gefängnisstrafe nicht unter drei Monaten soll eintreten, wenn Wild aus umzäunten Gehegen gestohlen worden ist.“ Nun hatte in dem vorliegenden Fall der Angeklagte innerhalb eines großen, das Waldrevier mehrerer Oberförstereien einschließenden, Gitters ein geallenes Stüd Wild an sich genommen. Beide Richter haben denselben freigesprochen, und das Ober-Tribunal ist dieser Entscheidung durch Verwerfung des seitens der Staatsanwaltschaft eingelegten Nichtigkeitsbegehrens beigetreten, weil das einen Wald von vielen Weiden im Umfange einschließende Gatter als ein Waldgehege im Sinne des obigen Paragraphen nicht angesehen sei, um war auch deshalb nicht, weil das Wild ungehindert auf den durch den Wald führenden Straßen ins Freie treten könne.

#### Handel, Gewerbe und Ackerbau.

**Leipzig, 12. April.** Unsere Jubiläe-Messe hat gestern bei sehr un-günstiger kalter Witterung begonnen. Der größte Theil der Käufer dürfte bereits angekommen sein; nichtsdestoweniger fehlt das Gewühl in den Straßen und Gassen. Alle Welt geht behutsam zum Einkauf und vermeidet die großen Vösten in Stapel-Artikeln, welche in der Regel das Geschäft der Stiermesse charakterisiren. Dagegen ist bedeutende Nachfrage in Nouveautés. Das schottische Genre dient allen Verkäufern als Ausbärgelschild und findet willige Abnehmer in den einfachen Mustern. Von fremden Einfäulern sind bis jetzt nur wenige angekommen; übrigens hofft man, daß, wie gewöhnlich, das städtische Kontingent in der nächsten Woche heranrückt. Ausland und Velen schicken übrigens des do t stöckenden Producentenhandels wegen nur vereinzelte Käufer liefern, auch die Donaustadtständer werden nur schwach vertreten sein. In Folge dieser Befürchtungen erwartet man keine gute Messe. Uebrigens in der Anfang einer kalten winterlichen Stiermesse nie anders gewesen. Einige freundliche warme Tage würden dem Messegeschäft sehr förderlich sein. In or-dinären Tuden sind einige Zwangsverkäufe vorgekommen; gute Waaren, namentlich Modestoffe, behaupten die im Verhältnis zum Rohstoff notirten Preise, welche sich gegen die Preise der vorigen Messe um 8 pCt. niedriger stellen. In Leder war noch kein Umschlag zu lobenden Preisen erzielt worden. Wir sind übrigens am Anfange und Manches kann besser werden, als es sich die mit den trüben Erfahrungen des letzten Semesters beschäftigten Seelen träumen lassen.

\* Breslau, 16. April. [Börse.] Auch heute bewegte sich unsere Börse in sehr guter Haltung, doch war der Umsatz nur ziemlich. Sämmtliche Aktien sowie die meisten Kreditpapiere, außer österr. Credit-Mobiliar, wurden höher bezahlt; von ersteren waren namentlich Freiburger beider Commissionen, Doppel-Tarnowitzer und Friedrich-Wilhelms-Nordbahn, von letzteren schlef. Bankverein sehr beliebt. Im Allgemeinen blieb die Stimmung bis zum Schluß fest. Fonds etwas matter, besonders österr. Nationalanleihe.

Darmstädter 99 1/2 Gld., Credit-Mobiliar 118 Gld., Commandit-Antheile 102 1/2 Br., idelischer Bankverein 82 1/2 Gld.

SS Breslau, 16. April. [Amtlicher Produkten-Börsenbericht.] Roggen matter; Rindungsschneide —, loco Waare —, pr. April 31 Thlr. Br., April-Mai 31 Thlr. Br., Mai-Juni 31 1/2 Thlr. Br., 31 Thlr. bezahlt, Juni-Juli 32 1/2 Thlr. Br., Juli-August —, August-September —, September-Oktober —.

Kaffee ohne Geschäft; loco Waare 13 1/2 Thlr. Br., pr. April 13 1/2 Thlr. Br., April-Mai 13 1/2 Thlr. Br., Mai-Juni —, Juni-Juli —, Juli-August —, August-September —, September-Oktober 13 1/2 Thlr. Br.

Kartoffel-Spiritus schwach beauptet; pr. April 7 1/2 Thlr. Br., April-Mai 7 1/2 Thlr. Br., Mai-Juni 7 1/2 Thlr. Br., Juni-Juli 7 1/2 Thlr. Br., Juli-August 8 Thlr. Br., August-September —, September-Oktober —.

△ Breslau, 16. April. [Produktenmarkt.] Der heutige Markt war wiederum für alle Getreidearten in flauer Haltung; die Zufuhren waren mittel-mäßig, die Kaufkraft in Folge niedrigerer Notirungen von auswärtig schwach und die Preise besser Qualitäten behaupteten sich nur mühsam zur Notiz, während mittlere und geringere Sorten auch zu ermäßigten Preisen nur schwer zu placiren waren. Der Begehr für schönen Saathafser war sehr gut und holte bis 38 Sgr.

Weißer Weizen	63—66—8—70 Sgr.	nach Qualität und Gewicht.
Gelber Weizen	62—64—66—68	
Brenner-Weizen	50—52—54—56	
Roggen	37—39—41—42	
Gerste	36—38—40—41	
Hafer	30—32—33—34	
Roth-Erbsen	57—60—62—64	
Futter-Erbsen	48—50—52—54	
Schwarze Widen	60—64—66—68	
Weiße Widen	52—54—56—58	

Deliaaten geschäftlos, da es an Offerten mangelt, Werth unverändert. Wintertraps 104—107—109—111 Sgr., Wintertrapsen 90—94—96—98 Sgr., Sommertrapsen 8—84—86—88 Sgr. nach Qualität.

Kaffee flauer; loco und pr. April 13 1/2 Thlr. Br., April-Mai 13 1/2 Thlr. Br., Mai-Juni 13 1/2 Thlr. Br., Juni-Juli 13 1/2 Thlr. Br., Juli-August 13 1/2 Thlr. Br., August-September 13 1/2 Thlr. Br., September-Oktober 13 1/2 Thlr. Br.

Spiritus matter, loco 7 1/2 Thlr. en détail bezahlt.

Für Kleesaaten in rother Farbe war heute bessere Kaufkraft bemerkbar, weisse Saat war weniger beachtet, und die Preise beider Farben erlitten keine Aenderung.

Roth Saath 10—10 1/2—11 1/2—12 Thlr.  
Weiße Saath 15—16—17—18 Thlr.  
Abymothee 12—13—14—15 Thlr.

An der Börse war es mit Roggen und Spiritus matter, die Preise niedriger und das Geschäft geringfügig. — Roggen pr. April und April-Mai 31 Thlr. Br., Mai-Juni 31 Thlr. Br., Juni-Juli 32 1/2 Thlr. Br., Spiritus 6 1/2 Thlr. bezahlt, 6 1/2 Thlr. Gld., pr. April und April-Mai 7 1/2 Thlr. Br., Mai-Juni 7 1/2 Thlr. Br., Juni-Juli 7 1/2 Thlr. Br., Juli-August 8 Thlr. Br.

L. Breslau, 16. April. Zink in Folge hamburger niedriger Berichte flau und ist 7 1/2 Thlr. für loco anzunehmen.

#### Wasserstand.

Breslau, 16. April. Oberpegel: 14 F. 10 Z. Unterpegel: 2 F. 9 Z.

△ Die neuesten Marktpreise aus der Provinz.  
Bunzlau. Weißer Weizen 70—75 Sgr., gelber 65—70 Sgr., Roggen 40—43 Sgr., Gerste 35—37 1/2 Sgr., Hafer 34—37 1/2 Sgr., Erbsen 72 1/2—75 Sgr., Kartoffeln 12—14 Sgr., Pfund Butter 6 1/2—7 1/2 Sgr.  
Reichenbach O.S. Weizen 75—77 1/2 Sgr., Roggen 42 1/2—45 Sgr., Gerste 40—42 1/2 Sgr., Hafer 33 1/2—35 Sgr.

Bleß. Roggen 33—34 Sgr., Hafer 26—27 Sgr., Kartoffeln 13 Sgr., Erbsen 3 1/2 Thlr., Heu 24 Sgr., Pfund Butter 9 Sgr.

Nikolai. Roggen 36 Sgr., Gerste — Sgr., Hafer 22 1/2—25 Sgr., Kartoffeln 16 Sgr., Erbsen 4 Thlr., Heu 24—26 Sgr., Pfund Butter 9 Sgr.  
Gleiwitz. Weizen 56 1/2—57 1/2 Sgr., Roggen 32—34 Sgr., Gerste 32 1/2—34 Sgr., Hafer 29—30 Sgr., Erbsen 57 1/2 Sgr., Kartoffeln 15 1/2 Sgr., Erbsen 3 1/2 Thlr., Heu 27 1/2 Sgr., Pfund Butter 12 Sgr.

## Sprechsaal.

pp. Brieg, 14. April. [Bürgermeisterwahl.] Wenn diese Zeitung schon früher und jetzt in den Nr. 169 und 171 der Meinung und direkten Werbung einer Partei für ihren Kandidaten ihre Spalten geöffnet hat, so wird sie dieselben einer parteilosen Sachdarstellung nicht verschließen können, um so weniger, als die bisherige öffentliche Besprechung dieser Wahlangelegenheit einen entschieden schädlichen Einfluß geübt hat. Das absolute Ausdrängen eines Kandidaten ruft bei den anders Meinenden um so hartnäckigeren Widerstand hervor. Bei den Landesbehörden wird aber die Meinung erweckt, als herrsche hier ein bedenklicher Geist fälschlicher Aufregung und konfessioneller Neigung. Gleiches erlitt aber nur in den Köpfen des F. und \* Referenten, und eben so tritt nur die erhobene Vorwurf der Intoleranz. Weshalb man diesem ganz im Gegensatz zu den früheren uns bekannten Wahlen über den zu wählenden Kandidaten sich schwer einigt, dies dünnt uns seinen wahren und tieferen Grund darin zu haben, daß keiner der aufgetretenen Kandidaten einen entschieden stetigen Eindruck gemacht, daß sich keiner einen gesicherten Vorsatz vor allen übrigen erhebt hat. Deshalb hat man zu Erwägungen und Erörterungen über die Licht- und Schattenseiten mehrerer Bewerber schreiten müssen, die wie gewöhnlich nicht zusammen, sondern auseinander geführt; für mehrere Gruppierungen für diesen oder jenen Bewerber hervorgerufen haben. Jede Gruppe wirbt für den von ihr für den besten gehaltenen Kandidaten. Das ist vollkommen natürlich und einfach. Weder ist der Janustempel auf längere Dauer geöffnet, noch das friedliche Zusammenleben gestört; es herrscht weder Aufregung noch Empfindlichkeit und Schärfe in den Erörterungen, außer in denen des F. und \* Referenten. In dem Eifer für ihren Kandidaten gehen sie so weit, die Wahl eines andern durch ungenaue Darstellung des Sachverhalts zu hintertreiben. Sie sagen der gewählte Bürgermeister Leuchter zu Gleiwitz habe die Wahlbedingungen nur theilweise acceptirt und Gegenbedingungen gestellt, für deren Annahme nur sehr Wenige stimmen dürften. Das ist eine Thatsache, die in der Sitzung am 16. d. M. entschieden werden wird. Aber man influrt auf diese Abstimung durch eine unrichtige Sachdarstellung. Man schreibt, der Bürgermeister Leuchter verwalte in Gleiwitz ein einträgliches Unternehmen, welches er neben der hiesigen Bürgermeisterei beibehalten wolle, und das häufige und lange Reisen erfordere; auch geht man mündlich hin, er beziehe dafür ein Jahrgehalt von 400 Thlr. Beides ist unrichtig. Die eine der hier aufgestellten Wahlbedingungen lautete: Der Bürgermeister darf Nebenamt nur mit Genehmigung der Stadtverordneten übernehmen. Herr Leuchter theilt nun in seiner Annahmeerklärung mit, daß er Aktionär bei der ober-schlesischen Aktien-Gesellschaft für Berg- und Hüttenbetrieb und Mitglied des Verwaltungsrathes sei. Da es in seinem Interesse liege, daß dieses Unternehmen bestens geleitet und gefördert werde, so wolle er auch seine Theilnahme an dieser Verwaltung nicht aufgeben, d. h. aus dem Verwaltungsrathe nicht ausscheiden. Er legt hinzu, daß statutenmäßig der Verwaltungsrath sich nur alle zwei Monate, auf je einmal des ganzen Jahres versammle, und daß er also nur sechs mal auf je einen Tag in Anspruch genommen werde. Wollte man ihm diese Verwaltungs-theilnahme auf Grund jener Bedingung nicht gestatten, so bedauere er, die auf ihn gefallene Wahl nicht annehmen zu können. Unseres Dafürhaltens war der Herr Bürgermeister Leuchter gar nicht verpflichtet, dieser seiner Funktion als Verwaltungsraths-Mitglied zu erwähnen. Es liegt darin nicht die Annahme eines Nebenamtes im Sinne der Wahlbedingung, wozu es einer Genehmigung der Stadtverordneten-Bersammlung bedarf. Der Herr Bürgermeister Leuchter gebraucht nur sein unbeschränkbares Eigenthumsrecht, wenn er sein Vermögen veraltet; es macht darin keinen Unterschied, daß er dasselbe zur höheren Verwerthung mit dem Vermögen Anderer associirt hat und daß er an der Verwaltung des Vermögens Theil nimmt, welches sein Vermögen nicht umfaßt. Wenn der Bürgermeister sich ein Gut kauft und dasselbe veraltet, so wird dies keine Stadtverordneten-Bersammlung verbinden können. Auch darin liegt nur der freie Gebrauch seines Vermögens. Sechs Tage im ganzen Jahre können gar nicht ins Gewicht fallen. Man braucht in einem Monate mehr als 6 Tage zu Jagdfreizeiten, zu Vermählungsreisen, zu Spielpartien u. dgl. Arten die Nebenbeschäftigungen bis zur Vernachlässigung der Amtspflichten aus, so giebt das Geiz geeignete Gegenmittel. Bis jetzt hat man nicht gehört, daß der Herr Bürgermeister Leuchter über seiner Funktion als Mitglied des Verwaltungsrathes seine Amtspflichten verabsäumt oder gar nur hintenangelte habe; man hat also auch kein Recht dies für künftige zu argwöhnen. Kurz, wir sind der Meinung, die Stadtverordneten, und mindestens die 26 Wähler des Herrn Bürgermeister Leuchter müssen in richtiger Konsequenz erklären, daß dadurch, daß derselbe die Funktion als Mitglied des Verwaltungsrathes der ober-schlesischen Aktiengesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb beibehalte, das in der betreffenden Wahlbedingung aufgestellte Prinzip gar nicht betroffen werde, und er dazu ihrer Genehmigung nicht bedürfe. Der andere Wunsch, ihm das Arbeitszimmer des früheren Bürgermeisters zu belassen, bedarf eigentlich gar keiner Gewährung, denn es ist ihm nicht genommen, sondern nur erklärt worden, daß dies Zimmer nicht zur Privatwohnung gehören solle. Die Beantwortung der Wahlfrage durch den F. Referenten in Nr. 169 ist ganz hinlänglich. Nach § 17 Nr. 2 der St.-O. vom 24. Mai 1853 können Stadtverordnete nicht sein: die Mitglieder des Magistrats und alle besoldeten Gemeindebeamten. Ein Akt, der nicht ausschließlich aller anderen Praxis von der Kommune als Armenarzt angestellt ist, sondern nur die ärztliche Behandlung der Armenanten nebenher gegen eine Vergütung beforat, ist kein besoldeter Gemeindebeamter. Nuthmählich hat diesem der Angriff gegolten. Außerdem sind aber noch zwei Stadtverordnete, welche als Epistemonen, jeder 4 Thlr. jährliche fixe Besoldung erhalten, nach dem F. Referent ausdrückt; wäre jener als besoldeter Gemeindebeamter anzusehen, so sind es diese beiden auch. Sie können also entweder überhaupt nicht Stadtverordnete sein, oder sie können auch bei der Bürgermeisterwahl gültig mitstimmen. Weiß der F. Referent, wenn sie ihre Stimmen gegeben haben? Dann muß er wissen, daß der eine für seinen Kandidaten gestimmt hat. Die Bersammlung ist aber auch nach Abzug dieser drei Stimmen in Zahl von 39 be-schlußfähig geblieben. (§ 42 der St.-O.) Man scheint also von dieser Seite kein Mittel, die Wahl des Herrn Leuchter zu verdrängen und deren Bestän-digung zu hintertreiben. Wie so durch die Wahl des jetzigen Herrn Syndikus zum Bürgermeister die von beiden Referenten verheißene finanzielle Erleichte-rung der Stadtgemeinde herbeigeführt werden soll, ist nicht erfindlich. Es ist offiziell oder überhaupt öffentlich nichts davon bekannt, daß der Herr Syndikus zum Bürgermeister gewählt wird, das Syndikat mitübernehmen, und zugleich den besoldeten Epistemonen erkränken wolle. Außer den beiden Re-ferenten weiß davon hier Niemand. Sodann werden die Referenten nicht einen hier glauben machen, daß der Herr Syndikus beide Posten für den hiesigen Bürgermeisterei von 1000 Thlr. verwalten wird. Fordert er aber 1000 Thlr., und müssen sodann alle Prozesse durch Anwälte betrieben und diese zahl werden, so ist es doch mindestens sehr fraglich, ob eine finanzielle Erleichte-rung erzielt werden würde. Man erinnere sich nur der vorletzten Bürgermeister-Wahl, wo Kämmerer und Syndikus sich in die Bürgermeisterei-Funktionen theil-ten und die Prozesse durch Rechtsanwältin betrieben wurden. Ist etwa das Bürgermeisterei-gehalte etwas erspart worden, und das betrug 1000 Thlr. und nicht bloß 700 Thlr., und ist das Syndikat dadurch gefördert worden? Man frage nur unseren jetzigen Herrn Syndikus, welche Hinterlassenschaft er voran-finden hat. Wir haben außerdem guten Grund zu begreifen, daß die Lan-desbehörden dieser Vereinigung beider besoldeter Posten die Genehmigung theilen würden. Wie aber Einer blind macht. Der \* Referent eifert gegen die Beibehaltung der möglicherweise vorübergehenden Nebenfunktion des Bür-germeister Leuchter, die alle zwei Monate nur einen Tag in Anspruch nimmt; dagegen eifert er für die bleibende Vereinigung zweier Posten, von denen jeder die volle Thätigkeit eines rüstigen und fleißigen Mannes erfordert. Sollten die Wähler des Herrn Bürgermeister Leuchter nicht konsequenter nicht in der Majorität bleiben, so wird offenbar eine Neuwahl auszusprechen sein. Nach unserer Meinung erfordert dies der Anstand, sowohl gegen die Bewerber als gegen die Majorität der Stadtverordneten, welche durch ihre frühere Wahl bewiesen haben, daß sie eben keinen der anderen Bewerber wählen wol-len. Ohne abermalige Neuwahl kann man also nicht wissen, ob die früheren Bewerber noch geneigt und Willens sind, sich einer neuen Wahl zu unterwer-fen. Auf der anderen Seite heißt es der früheren Majorität gerade ins Ge-sicht schlagen, wenn man ihr Wahlrecht beschränkt und sie zwingt, unter dem Kreise der früheren Bewerber zu wählen, deren Wahl sie bereits abgelehnt hat. Durch die abermalige Ausdehnung der Neuwahl wird Niemand behindert, die früheren Bewerber wieder vorzuschlagen und zur Wahl zu bringen; dagegen wird den übrigen Wählern eine freie Wahl gewährt. Dieser Bericht hat keine andere Tendenz, als die Wahrheit offen an den Tag zu legen und die bisherige Einseitigkeit in der öffentlichen Besprechung dieser Wahlangelegenheit aufzuheben.

Mit einer Beilage.







